DEMOKRATISCHER INFORMATIONS DIENST

-,30

HERAUSGEGEBEN VOM ANTI-STRAUSS-KOMITEE FEBRUAR / MÄRZ 1979 NR.33

NAZIVERBRECHEN VERJÄHREN SO LANGE NICHT WIE SIE UNSERE ZUKUNFT BEDROHEN!

Carstens Das 'Bonbon' an der Uniform

1937 beantragt Carstens die Aufnahme in die NSDAP. Reichskristallnacht, Einmarsch in Österreich, Überfall auf die Tschechoslowakei, 1938 kann kein Mensch mit Augen, Ohren und Gewissen mehr den terroristischen Charakter der Nazipartei und ihrer Hilfsverbände übersehen- Carstens jedoch hält seinen Antrag aufrecht, "nachdem der Landgerichtspräsident in Bremen seinen Referendaren bedeutet hatte, daß diese für ihre weitere Karriere nur von Nutzen sein könne" (Spiegel), die Entnazifizierungskammer, die ihm 1948 den Persilschein ausstellt, macht daraus: "Auf Druck seiner vorgesetzten Dienst stelle" - gleichviel kann man sich ein Staatsoberhaupt (auch nur einen Parlamentspräsidenten!) eines demokratischen Staates vorstellen, das mit oder ohne Druck in eine Verbrecherbande eintritt?
1940 wird seinem Eintritt in die NSDAP stattgegeben. Zu dieser Zeit ist Carstens Ordonanzoffizier in der

Forts. S. 2

Nur NS-Verbrechen dürfen nicht verjähren

Beobachtet man die sogenannte "Verjährungsdebatte", so fallen einige Standpunkte besonders auf, die die mit der bestimmten Meinung verbundenen Ziele sehr deutlich aufzeigen. Der bayerische Ministerpräsident und Vorsitzende der CSU, F.J.Strauß ergreift ganz offen Partei für die Naziverbrecher, indem er eine Generalamnestie für sie fordert. Wenn es nach Strauß ginge, würden mit

Forts. S. 8

Dr. Egon Overbeck, 60, Vorstandsvorsitzender der Mannesmann AG, Düsseldorf

Ich bin der Auffassung, daß Verbrechen nach dem zum Zeitpunkt der Verübung geltenden Gesetz behandelt werden und daß man zur Be- und Verurteilung weder neue Gesetze schaffen noch die bestehenden ändern sollte. Aus diesem Grunde bin ich gegen eine Verlängerung der Verjährungsfrist.

Forts. von S. 1

sicheren Heimat, später Ausbildungsoffizier an einer Flakschule in Berlin. Das "Bonbon" (Spitzname für das Naziparteiabzeichen) trägt er auf der Uniform. Das ist auffällig. Augenzeuge Trökes (heute emeritierter Professor in Westberlin) erinnert sich: "Außer Carstens gab es da nur noch einen, der das Parteiabzeichen an der Uniform trug." Erlaubt eigentlich erst beim Goldenen Parteiabzeichen, verrät das Tragen des Parteiabzeichens auf der Uniform in jedem Fall den aggressiven Parteigänger, mindestens einen besonders beflissenen Wasserträger der Nazipartei.
Bis 1943 war der studierte Jurist Carstens Beisitzer an einem Kriegsgericht in Bremen. Carstens über seine Tätigkeit: "Ich habe da so dunkle Erinnerungen." An genaueres will er sich nicht erinnern, nur wenn er an einem Todesurteil mitgewirkt hätte, das wüßte er, sagt er - das sagte auch Herr Filbinger, bis Demokraten seinem Gedächnis auf die Sprünge halfen.
1943 wird Carstens Adjutant der Flakschule. Ein anderer Offizier dieser Schule hat behauptet, diese Behauptung aber auf Anfrage des Autors weder bestätigen noch dementieren mögen, daß Carstens in dieser Funktion auch "politischen Unterricht" gegeben habe, was nichts anderes war als Propaganda für die Naziideologie, den Terror, den Raubkrieg, den Völkermord. Auch dieser Punkt bedarf noch der weiteren Aufklärung.
Doch gleichviel ob eilfertiger Mitläufer oder aktiver Propagandist der Naziverbrechen, sollte das möglich werden, daß so ein williges Werkzeug für die Vernichtung der Demokratie und der Demokraten selbst, für Raub und Völkermord Oberhaupt eines d e m o k r a t i s c h e n Staates wird? Nein, das ist nicht möglich, so oder so nicht. Möglich ist das nur in einem Staat, der diese Taten entweder verjähren läßt, wie Carstens-Freund Strauß es fordert - oder für normal erklärt, wie Wehner und Vogel. Und wo Demokraten sowas nicht unmöglich machen.
(Siehe auch ausführlichen Lebenslauf von Carstens auf Seite 3) ■

Inhalt:

Die "Bewerbungsunterlagen für einen Bundespräsidenten" S. 3

beweisen: Wir müssen verhindern, daß Carstens das höchste Amt in der BRD erhält S. 6 und 7

Mord = nicht gleich Mord S. 1, Forts. S. 8

Unterschriftenaktion in der Frankfurter Rundschau: Demokraten sagen ein ehrliches und klares Nein zur Verjährung von Naziverbrechen S. 11

Dokumentation: UNO-Konvention, die wichtigsten Punkte S. 12

Für Verjährung von Individualmord, gegen Verjährung von Naziverbrechen für ..... und wider ... S. 16

Aktionen und Veranstaltungen zeigen: 'Holocaust' hat viele Menschen zum Nachdenken und Handeln gebracht S. 20, S. 27 S. 28, S. 34

Nicht nur e i n 'Holocaust': Russische Kriegsgefangene von den Nazis vernichtet S. 31

Wir bitten alle DID-Bezieher, uns evtl. Adressen-Änderung mitzuteilen.

„ BEWERBUNGSUNTERLAGEN"

FÜR DAS AMT DES BUNDESPRÄSIDENTEN

Die Paten SZ-Zeichnung: E. M. Lang

Geboren am 14. Dezember
1914 in Bremen hat Karl Carstens
1933 Abitur gemacht. Am Tage seiner Abiturfeier verkündete der Gauleiter von Bremen und Oldenburg auf dem Bremer Marktplatz, daß nunmehr das 3. Reich auch in Bremen eingezogen sei."Wegen dieser derben und durch und durch ungeistigen Art empfanden wir alle einen regelrechten Widerwillen, eine Abneigung gegen diesen Mann", so Carstens in einem Interview. (Gefragt: Karl Carstens von K. Donat, Dagmar Zirngibl-Verlag 1976, S. 38)
So weit ging der Widerwille aber nicht, als daß Carstens nicht noch im gleichen Jahr in den für seine Hochgeistigkeit ja weidlich bekannten SA-Studentensturm (in Frankfurt) eintrat und in deren 'Kameradschaftshaus' wohnte, um seinen Studienplatz behalten zu können, wie er heute verlauten läßt (vgl. Süddeutsche Zeitung - SZ - vom 9.11.78). "Um dem parteilichen Zugriff auszuweichen" (ebda) wechselte er mehrfach die Universität, verrichtete aber seltsamerweise

1934 trotzdem wieder seinen Dienst im Hamburger SA-Studentensturm 5/75 (STERN 47/1978) Sein strammer Karriere-Drang führte ihn dann
1936 zur 1. juristischen Staatsprüfung, die er mit Auszeichnung bestand (gefragt --- S. 36),eine Leistung, die an den fest in nazistischer Hand befindlichen Universitäten wohl kaum ohne politische Leistungen (man denke

an das berüchtigte Gesinnungsstrafrecht) möglich war.

1937 stellte Carstens dann den Aufnahmeantrag in die NSDAP - natürlich wieder"auf Druck des mir vorgesetzten Landgerichtspräsidenten" (Stern 48/78), mittlerweile war er nämlich Rechtsreferendar in Bremen geworden. Lt. Kürschners Gelehrtenkalender promovierte er noch im gleichen Jahr zum Dr. jur. und wurde dann

1939 zur Wehrmacht eingezogen. Wegen fehlender Unterlagen über sein Wehrverhältnis, die er nach eigenem Bekunden absichtlich zu spät eingereicht hat,und wegen einer zeitweiligen Mitgliedersperre wurde er zwar erst

1940 NSDAP-Mitglied, jedoch war der Mann, der die Hitler-Partei "innerlich" ablehnte, äußerlich bereits vorher erstaunlich aktiv geworden: in seiner Bremer Wohnstraße sammelte Carstens die Mitgliedsbeiträge für die NSDAP ein .... (Spiegel 46/1978 S. 23). Aus nicht näher bezeichneten Quellen, die Donat in seinem Buch anführt, geht hervor, daß Carstens im Kriege Leutnant, zuletzt Major im Generalstab, Kriegsteilnehmer in Ost und West war und das Ehrenkreuz 1. Klasse erhielt.

Der Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten erinnert sich an diese Zeit nur noch schlecht: "Darüber kann ich heute keine präzisen Angaben mehr machen" (Spiegel 46/78). "Dunkle Erinnerungen" hat er

vor 1943 Kriegs- und Feldgerichtsbeisitzer gewesen zu sein. An einem Todesurteil aber - da ist seine Erinnerung wieder ganz genau - hat er nicht mitgewirkt.

von 1943 bis 1945 war er dann an einer Flakartillerieschule als Ausbildungsoffizier Noch heute trifft er sich, wie er im Interview mit Donat stolz verkündet, alle 2 Jahre mit seinen alten Kriegskameraden von dieser Flakschule. Und ebendort demonstrierte Carstens erneut auf eindrucksvolle Weise seine "Ablehnung" des Naziregimes: er trug das NSDAP-Parteiabzeichen auf seiner Uniform, was selbst in Wehrmachtskreisen damals absolut unüblich war, wie Professor Trökes, der zu jener Zeit ebenfalls an dieser Flakschule war, in einem Leserbrief an den Berliner "Tagesspiegel" enthüllte. Im Lichte dieses Sachverhaltes der von Carstens ausdrücklich nicht dementiert wurde, muß auch sein sogenannter 'Widerstand' gegen die SA- und NSDAP-Mitgliedschaft nochmal beleuchtet werden. Mit der Begründung, er wolle in die Wehrmacht eintreten, versah Carstens sein Austrittsgesuch aus der SA (1939).

Mit "absichtlich verspätet eingereichten Papieren über sein Wehrverhältnis" versuchte er angeblich seine NSDAP-Mitgliedschaft zu verzögern - in eben dieser Wehrmacht trägt er dann"das Bonbon auf der Brust" (Trökes, der damit das Parteiabzeichen meint) - nur ein harmloser Mitläufer?

1945 bis 1948 ist Carstens als Rechtsanwalt in Bremen tätig und wird 1948 'entnazifiziert'. Von welcher Qualität die damaligen Persilscheine waren, belegt die Tatsache, daß die Spruchkammer Carstens zubilligte, er habe "nach dem Maß seiner Kräfte aktiv Widerstand gegen die Nazi-Gewaltherrschaft geleistet und dadurch auch Nachteile erlitten", weil er nach seinem Austritt aus der SA 1935 die staatliche Studienbeihilfe verlor (vgl. Spiegel 46/78 S. 22-23). Dermaßen "entlastet" nahm dann die weitere Karriere ihren Lauf:

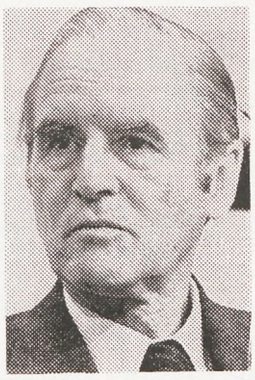
1948 bis 1949 Rechtsstudium an der Uni Yale/USA

1949 bis 1954 Bevollmächtigter des Stadtstaates Bremen in Bonn

1952 Habilitation in Köln

1954 Vertreter der BRD beim Europarat in Straßburg

1955 Eintritt in die CDU und Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt
1960 Professor für Staats- und Völkerrecht in Köln, Leiter des Instituts der EG und Staatssekretär im AA (bis 1966)
1967 Staatssekretär im Verteidigungsministerium



Karl Carstens

1968 bis 1969 Staatssekretär und Chef des Bundeskanzleramtes
1973 Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag
1976 Bundestagspräsident
1979 Kandidat der CDU/CSU für das Amt des Bundespräsidenten

Durch das kürzliche Auffliegen der Waffengeschäfte des BND sind jedoch auch für diese Zeit weitere Flecken auf der gar nicht mehr weißen Weste des Präsidentschaftskandidaten sichtbar geworden.
Zwischen 1964 und 1969 verschob der BND mit Hilfe der "Partnerfirmen" Dobbertin und Merex Waffen in sogenannte Spannungsgebiete, sprich Kriegsschauplätze, obwohl solche Waffenexporte offiziell immer heftigst abgestritten wurden und nach dem Kriegswaffen-Kontrollgesetz ja auch eigentlich verboten sind. So nach Cypern, Nigeria (Biafra-Krieg), Rhodesien, Südafrika, an die faschistische Junta in Griechenland, nach Jordanien, Saudi-Arabien, Indien und Pakistan, mal mit gefälschten Papieren, mal über Drittländer. An den politischen Schaltstellen, von denen die Waffengeschäfte vorbereitet und gesteuert wurden, saß stets der Mann, der sich heute an nichts erinnert: Karl Carstens! Nämlich als Staatssekretär im Außen- und Verteidigungsministerium und Kanzleramt- und die Staatssekretäre waren 'eingeweiht', wie der damalige BND-Chef Wessel bestätigte (Spiegel 50/1978).
Wie tief Carstens in diesen Sachen steckt, ist wegen der allseitigen Vertuschungsversuche noch nicht genau geklärt, aber immerhin soweit, daß der Bundesgerichtshof "gewichtige Gründe" ausgemacht hat, daß der CDU-Mann eine objektive und subjektive Falschaussage vor dem Guillaume-Ausschuß gemacht haben könnte, als er jede Kenntnis von den BND-Waffengeschäften abstritt (vgl. Spiegel 48/78). Als da an Fakten wären:

Carstens hat nach einer "Amtlichen Auskunft" des heutigen Kanzleramtsvorstehers und jetzigen BND-Dienstherrn Manfred Schülers vom 7.2.79 (Aktenzeichen 61-15165 - Ca 1/12/79):

1969 sowohl einen Bericht von BND-Chef Wessel über die BND/Merex-Geschäfte in den Jahren 1964 - 1967 gezeichnet und sogar mit Randbemerkungen versehen, als auch der Beurlaubung des BND-Agenten Hauschildt zugestimmt, damit dieser bei der Fa. Dobbertin einsteigen konnte (vgl. Spiegel 50/78)!

Doch diese Belege dürften nur die oberste Spitze des Eisbergs sein ... Will Carstens über dieses Kapitel seines Lebens auch den Schleier des Schweigens und Vergessens legen, so tut er andererseits doch ganz offen kund, mit welchen Parteifreunden von damals und heute er es am besten kann. welchen reaktionären Programmen er sich am meisten verpflichtet fühlt: "Nach meiner Auffassung haben sowohl Strauß wie Dregger - und das gleiche würde ich von Filbinger sagen, mit dem ich nun auch zusammen genannt werde (so wörtlich, Anm. d. Red.), mit besonderer Klarheit die historische Dimension der Auseinandersetzung, in der wir stehen (Freiheit oder Sozialismus, wie sie das nennen, d. Red.) erkannt und ausgesprochen. Und darin

fühle ich eine weitgehende Übereinstimmung mit ihnen" (gefragt ... S.62). Die chilenische Freiheit eines Strauß und das "Recht" eines Filbinger, da fühlt sich dieser Kandidat zu Hause! Dies weiß er auch seinen alten Parteifreunden zu sagen, z.B. den verdienten NDSAP- SS- und HJ-Funktionären des faschistischen Witiko-Bundes, denen er im November 78 anläßlich einer "Weihestunde" schriftlich bescheinigte, sie hätten einen maßgeblichen Beitrag zu Aufbau und Entwicklung unseres Staates wie auch für die Demokratie in Europa geleistet (Konkret 1/79 S. 32).

Glückwünsche zum sogenannten "Eintreten für die freiheitliche Demokratie" schickte er auch dem rechtsradikalen 'Deutschland-Magazin', einer von Nazis durchsetzten Zeitschrift. Carstens macht somit nochmals überdeutlich, welche politische Gesinnung sich bis heute durch sein Leben zieht und warum die Demokraten unseres Landes aufgerufen sind, diese Karriere endlich zu stoppen.

Carstens darf nicht Bundespräsident werden! ■

Aufruf

zum Protest gegen die Absicht, das vormalige NSDAP-Mitglied Karl Carstens zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen

Nach dem Willen von CDU und CSU soll Karl Carstens der fünfte Präsident der Bundesrepublik Deutschland werden. Daß im Verlauf der Diskussion über seine Kandidatur Carstens' frühere Mitgliedschaft in der NSDAP bekannt wurde, hat die CDU in ihrer Absicht bestärkt und den Bewerber selbst zu der Äußerung veranlaßt, nun wolle er »erst recht« kandidieren. Der Bonner Sprecher der CSU, der Abgeordnete Friedrich Zimmermann, hat zugleich davor gewarnt, die »linke Menschenjagd« gegen Unionspolitiker mit »angeblicher NS-Vergangenheit« fortzusetzen; die CSU werde »diesen Stil nicht länger mit wohlerzogener Zurückhaltung und eingezogenem Kopf hinnehmen. Noch ein solcher Versuch, und wir werden — umfassend und bis ins letzte Detail dokumentiert — die kommunistischen und nationalsozialistischen Hintergründe einiger ihrer Prominenten (der SPD und FDP — Red.) schonungslos auf den Tisch legen.«

Es besteht die Gefahr, daß sich die Parteiführungen von SPD und FDP durch diese Drohung einschüchtern lassen und einer Antwort auf die Frage ausweichen, ob und warum die Mehrheit der Bundesversammlung 34 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus darauf besteht, ein ehemaliges Mitglied der Nazi-Partei zum Bundespräsidenten zu wählen; ob und warum sie es hinnehmen will, daß der Bewerber zur Begründung seiner Kandidatur auch das Bekanntwerden seiner NS-Vergangenheit anführt; ob prominente Politiker der SPD und der FDP tatsächlich unter Hinweis auf Unbekanntes aus ihrer politischen Vergangenheit zum Schweigen gebracht werden können.

Nicht die Wahl von Karl Carstens, die CDU und CSU zu verantworten haben werden, sondern die schweigende Hinnahme dieser Wahl durch die Parteien der sozialliberalen Koalition und die demokratische Öffentlichkeit würden die Bundesrepublik in jenes nachfaschistische Klima zurückstoßen, das mit der Wahl eines bekennenden Kirchenmannes zum Bundespräsidenten und eines politischen Emigranten zum Bundeskanzler überwunden schien.

Mag sein, daß Karl Carstens kein hundertprozentiger Nazi war. Es wird vorgebracht, er sei »nur« Mitglied der Faschisten-Partei geworden, weil er seien Karriere nicht habe gefährden wollen. Wer das als mildernden Umstand ausgibt, zeigt an, auf welches Niveau von Moral er die Politik dieses Staates gebracht sehen will.

Die Nominierung von Karl Carstens als Kandidat für die Bundespräsidentschaft ist eine absichtsvolle Provokation. Die CDU hätte ohne Schwierigkeiten einen Bewerber präsentieren können, der ihre Interessen in dem höchsten Staatsamt genausogut hätte wahrnehmen können, ohne Mitglied in der NSDAP gewesen zu sein. Darauf hat die CDU bewußt verzichtet. Mit ihrem Festhalten an dem früheren Nazi Carstens scheint sie allen, die dem Marsch nach rechts Widerstand leisten, zeigen zu wollen, was wieder möglich ist.

Daß inzwischen auch die frühere NSDAP-Mitgliedschaft des amtierenden Bundespräsidenten Walter Scheel bekanntgeworden ist, darf den Blick auf die ideologische Machtprobe, welche CDU und CSU mit der Nominierung eines schon vor der Wahl als ehemaliger Nazi bekannten Kandidaten bezwecken, nicht verstellen. Die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik muß jetzt beweisen, daß sie diesen Staat und sein antifaschistisches Grundgesetz nicht kampflos aufgibt. Wir wenden uns an alle Personen und Organisationen der Linken, dem 30. Jahrestag der Bundesrepublik und ihrer so oft gebrochenen Verfassung dadurch gerecht zu werden, daß sie alles daransetzen, dieser Republik einen weiteren Ex-Nazi als Staatsoberhaupt zu ersparen.

Hermann L. Gremliza

Stellungnahme zum Aufruf in Konkret

An Konkret (Hermann L.Gremliza)

Die 'Entnazifizierung' nicht dem Strauß überlassen!

Wir begrüßen Euren Aufruf zum Protest gegen die Absicht,das vormalige NSDAP-Mitglied Karl Carstens zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland zu wählen und wollen mit Euch und allen,die Euren Aufruf unterstützen,gemeinsam alles daran setzen,daß dieser Republik ein weiterer EX-Nazi als Staatsoberhaupt erspart bleibt.

Gerade in diesem Jahr,in dem Antifaschisten im In- und Ausland in der Frage der Verjährung von NS-Verbrechen eine klare völkerrechtliche Absage an den Faschismus fordern - ohne Ausweichen auf allgemein strafrechtliche Vorschläge und nicht auf Kosten einer Entliberalisierung des Strafrechts - ist die Nominierung Carstens in der Tat eine besondere Provokation aller Demokraten.

Über diese Provokation kann uns auch der Umstand nicht hinwegtäuschen,daß man auch Scheel als Kandidaten nicht empfehlen kann.Dies wirft vielmehr ein Licht auf die Situation in den Parteiführungen von SPD und FDP, die keinen zweiten solchen Demokraten und Humanisten,wie Gustav Heinemann es war,als Kandidaten für das höchste Staatsamt dieser Republik präsentieren.

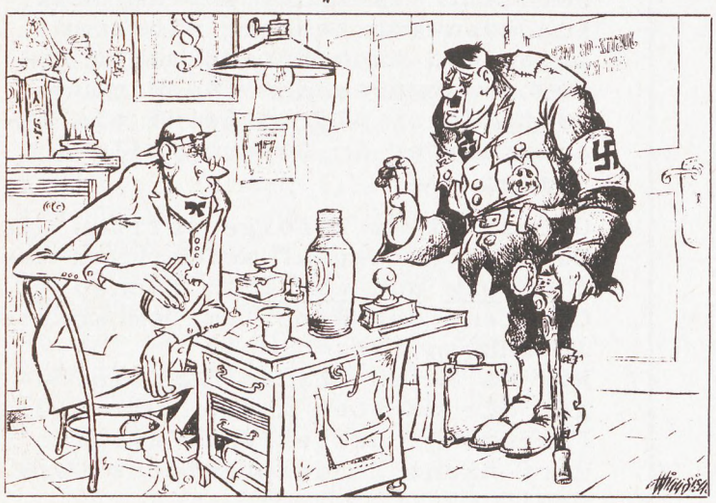
Im letzten Jahr hat die demokratische Öffentlichkeit den Nazirichter Filbinger dazu gezwungen sein Amt als Ministerpräsident in Baden-Württemberg niederzulegen und auch Strauß mußte gezwungenermaßen den Faschismusverteidiger Alfred Seidl als Innenminister in Bayern fallen lassen.

Gerade diese Erfolge sollten die Demokraten darauf aufmerksam machen,wie und warum in Sachen Carstens der Kampf um Demokratie zu führen ist:
Wir da unten müssen handeln.Gegen die da oben müssen wir die Forderung aufstellen:"Carstens darf nicht Bundespräsident werden!"
Und wir müssen diese Forderung durchsetzen.Gegen die Interessen der Reaktion,aus deren Zentrum heraus Strauß diesmal einen Carstens (aus seinem altbewährten Gespann Filbinger - Carstens -Dregger) nach vorne schicken will.Wer Carstens lediglich vorhält,daß er in dunkle Waffengeschäfte verwickelt war,trifft nicht ins Schwarze.Das wird doch einen Strauß nicht hindern,ihn als Kandidaten nach vorne laufen zu lassen(hat Strauß doch längst öffentlich und ungehindert zugegeben:90% meiner Besucher sind Waffenhändler).D.h.:Nicht bloß weil Carstens Unkorrektheiten als Parlamentarier nachgewiesen werden können,sondern weil er als Exnazi"völlig korrekt" das höchste Staatsamt der BRD bekleiden will - darum darf Carstens nicht Bundespräsident werden.Es wäre eine weitere Rehabilitierung aller NSDAP-Mitglieder,sozusagen auf höchster Ebene;also genau das,was Strauß will,wenn er fordert,daß das "Geschichtsbild der Deutschen"(sprich:deutschen Nazi)neu überdacht werden soll.

Es wäre dann eine Tatsache,daß die führende wirtschaftliche und militärische Macht Europas ihren Staat in der Weltöffentlichkeit von einem ehemaligen Nazi repräsentieren läßt!

CARSTENS DARF NICHT BUNDESPRÄSIDENT WERDEN! ■

Forts. von S.1 „Nur NS-Verbrechen"...



Simplicissimus

„Heil mir! Lese so viel von Verjährung und so – liegt gegen mich was vor, bittschön?"

dem Beginn des Jahres 1980 sämtliche Nazis, die zur Zeit eine Strafe verbüßen, deren Verfahren läuft oder die sich in irgendwelchen Löchern versteckt halten, wieder frei herumlaufen und als faschistische Volksverhetzer wie eh gute Dienste leisten für den Aufbau eines Staates, wie er Strauß nach chilenischem Vorbild vorschwebt: Ein Staat, in dem die demokratischen Bürger- und Menschenrechte brutal unterdrückt werden, damit die Ausbeutung der breiten Bevölkerung ohne deren Widerstand auf die Spitze getrieben werden kann; ein Staat, der weiter rigoros aufrüstet, damit eine Neuaufteilung der Welt zugunsten des deutschen Monopolkapitals wieder angestrebt werden kann. Für solche Ziele würden die rehabilitierten und wieder salonfähig gemachten Altnazis zusammen mit den Neonazis ideologisch den Boden bereiten helfen; für solche Ziele darf auch die Erinnerung an die Schrecken der Nazizeit nicht immer wieder wachgerufen werden durch die Strafverfolgung der alten Nazis. Zu leicht könnten der Bevölkerung Paralellen zur Gegenwart bewußt werden. Weil die Erinnerung an die Vergangenheit, das heißt die Erinnerung der Bevölkerung, ihn an der Verwirklichung seiner jetzigen Ziele hindert, möchte Strauß sie auslöschen. Das Interesse des ganzen Volkes nach der alten Tour der Faschisten vorschiebend, fordert er deshalb über die Verjährung hinaus weiter, was in Wirklichkeit im Interesse einiger weniger und volksfeindlich ist: "Ein Volk, das soviel geleistet hat, hat ein Recht darauf, von der Vergangenheit nichts mehr zu hören."

Wie Strauß, so sind natürlich auch seine Hintermänner, die Vertreter des deutschen Großkapitals, für die Verjährung. Am unverschämtesten unter ihnen ist dabei der Vorstandsvorsitzende der Mannesmann AG Düsseldorf, Dr. Eugen Overbeck, der die alle Naziopfer aufs gemeinste beleidigende Auffassung vertritt, "daß Verbrechen nach den zum Zeitpunkt der Verübung geltenden Gesetzen behandelt werden müssen und daß man zur Be- und Verurteilung weder neue Gesetze schaffen noch die bestehenden ändern sollte." Overbeck zufolge hätte wohl demnach nie ein Naziverbrecher bestraft werden dürfen, denn er hatte die Nazigesetze ja nicht übertreten. "Verbrecher" nach den Nazigesetzen waren nur die Widerstandskämpfer, die Kommunisten und aufrechten Sozialdemokraten, die versuchten, die faschistische Terrordiktatur des Kapitals zu stürzen, um einen demokratischen Staat zu errichten. Solche Leute sähe der Overbeck anscheinend gern im KZ, wenn er fordert, daß sie nach dem Nazirecht be- und verurteilt werden sollten.

Was hat diesen reaktionären Meinungen die heutige, deutsche Sozialdemokratie entgegenzusetzen? Wehner tut sich hervor mit seinem Gesetzentwurf, demzufolge Mord <u>generell</u> nicht verjähren soll. Er sagt also Mord ist gleich Mord, ganz egal, ob er nun ein millionenfacher, staatlich organisierter Massenmord ist oder der einfache Mord eines einzelnen Verbrechers. Das ist aber erstens falsch und ungerecht und zweitens gefährlich. Der Großteil der individuellen Morde hat seine Ursache in materieller Not und psychischer Verrohung, wobei die Verrohung meist nur Ausdruck der materiellen Situation des Verbrechers ist. Für beides sind aber letztlich die verantwortlich, die Menschen in menschenunwürdige Verhältnisse zwingen, die den schon als Kindern Benachteiligten nicht helfen, ihre schlechten Ausgangsbedingungen durch vermehrte Erziehungsanstrengungen zu verbessern, die sie später als Jugendliche und Erwachsene arbeitslos in der Gosse verkommen lassen oder sie bestenfalls als Arbeiter so aus-

beuten, daß sie sich nie eine Verbesserung ihrer Lage versprechen können, daß sie immer nur für den stets wachsenden Reichtum anderer sich abschuften müssen.
Bei aller Abscheulichkeit seines Verbrechens ist der individuelle Mörder grundsätzlich auch als ein Opfer anzusehen, ein Opfer des Systems (bzw. derjenigen, die es mit wirtschaftlicher, politischer und militärischer Macht durchsetzen), das ihn zum assozialen Außenseiter gemacht hat.

Der vom faschistischen Staat organisierte Massenmord ist dagegen qualitativ von ganz anderer Art. Hier ist nicht die materielle und seelische Verelendung von unterprivilegierten Menschen die Ursache, hier foltert und mordet der Staat, damit die, die sowie so schon millionenfach mehr haben als die einfachen Leute, die Krupps, Thyssens uw. noch mehr Profite aus ihren Arbeitern ziehen, ihnen für noch mehr und aufreibendere Schufterei noch weniger zahlen, ohne daß sich jemand dagegen wehrt, weil er sonst befürchten muß, selbst ins KZ zu kommen.

Nochmal die Unterscheidung, auf die es ankommt: der individuelle Mörder bewirkt nicht selbst die Umstände, die ihn zum Mörder machen, er vertritt nicht verantwortlich das kapitalistische System. Er wird zum Verbrecher, weil er aus seiner Lage den individuellen Ausweg im Verbrechen sucht, anstatt den kollektiven im Klassenkampf.

Der Faschist aber bew irkt selbst interessiert die gesellschaftlichen Umstände, die es ihm erlauben, für seine Machtinteressen in tausend bis millionenfach größeren Umfang straflos zu morden. Es wird klar, daß dies nicht der kleine Faschist ist, sondern der, der als Angehöriger des Bürgertums die wirtschaftliche, politischen und militärischen Machtmittel besitzt, den Faschismus durchzusetzen und damit auch kleine Faschisten zu produzieren. Der kleine Faschist, der allerdings nicht erkannt hat oder erkennen will, daß auch er letztlich ein Opfer ist, hilft dem großen, mächtigen beim Aufbau des Faschismus, stellt somit ebenso eine Gefahr dar und gehört deswegen auch vor Gericht.
Welche Gründe, die über die menschliche Schuld hinausgehen, sprechen also dafür, daß die Naziverbrechen nicht verjähren sollen im Gegensatz zu individuellem Mord?
Die Gründe sind die der Sicherung unserer Zukunft. Dr. Maurice Goldstein vom Internationalen Auschwitzkomitee formuliert sie so:

"Die Verjährung für die Verbrechen des Naziregimes ist in keiner Weise vergleichbar mit der Verjährung individueller Verbrechen, denn der amnestierte, gemeine Verbrecher versteckt sich und schweigt über seine Untat. Hingegen haben die Kriegsverbrecher nicht einmal die vorgesehene Verjährung abgewartet, um sich ihrer früheren Tätigkeit zu rühmen und ihre Verbrechen zu leugnen. Ihr Chor würde verstärkt werden durch alle jene - und es sind deren tausende - denen es gelungen ist, sich der Justiz zu entziehen."

Während also der einfache Mörder froh ist, wieder irgendwie in die menschliche Gesellschaft eingegliedert zu sein während er durch sein langjähriges Verhalten gezeigt hat, daß er mit seinem Verbrechen nichts mehr zu tun haben und sein Leben auf ehrliche Weise, d. h. mit Arbeit fristen will, läßt das

Verhalten der Naziverbrecher nicht das gleiche erwarten. Was die kapitalistischen Hintermänner des Faschismus angeht, so beuten sie das Volk immer noch aus und sind durchaus gewillt, diese Ausbeutung auch mit einem faschistischen Terrorstaat durchzusetzen wenn es anders nicht mehr möglich ist. Und ihre politischen und militärischen Helfershelfer warten nur darauf, in einem faschistischen Staat wieder zu Ehren zu kommen, und an der grausamen Parasitenherrschaft ihrer wirtschaftlichen Förderer teilzuhaben.

Heß in seinem Schlußwort bei den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen:

"Es war mir vergönnt, viele Jahre meines Lebens unter dem größten Sohn zu wirken, den mein Volk in seiner tausendjährigen Geschichte hervorgebracht hat."

Mit seinem Mord-gleich-Mord-Argument verschleiert Wehner sowohl die Ursachen für den einfachen Mord, als auch die für den millionenfachen Mord des Naziregimes. Wenn man aber die Ursachen eines Übels nicht erkennt oder nicht erkennen will, kann oder will man mit dem Übel nicht fertig werden. Wehner kann ähnlich Schlimmes bewirken wie Strauß es vorhat, nämlich, daß die Ursachen des Faschismus vergessen werden, was die Gefahr eines neuen Faschismus vergrößert. Nicht von ungefähr kommt es ja, daß auch Reaktionäre, die einen inhumanen Strafvollzug befürworten, wie der Verfechter der Todesstrafe "Kopf-ab"-Richard Jäger(CSU) Wehners Vorschlag unterstützen. Indem Wehner nämlich über das wahre Wesen des Nazi-Verbrecherstaates, der ein monströser, barbarischer Auswuchs der Kapitalistenherrschaft war, hinwegtäuscht erweist er denen einen großen Dienst, die für den Hitlerfaschismus die Hauptverantwortung tragen. Andererseits kommt sein Vorschlag einem reaktionären Rückfall hinter die Errungenschaften der liberalen Strafrechtsreform gleich, was den Reaktionären nur recht ist, was human eingestellte Menschen aber zu der Überlegung veranlaßt, ob sie denn den Grundsatz "Resozialisierung statt Rachejustiz" für die Nicht-Verjährung der Naziverbrechen opfern sollen.

Diese Frage stellt sich aber erst gar nicht bei der einfachsten und gerechtesten Lösung, die zugleich eine eindeutige Kampfansage an alte und neue Faschisten darstellt, nämlich der Aufhebung der Verjährung n u r für Naziverbrechen, wie sie auch von den fortschrittlicheren Kreisen der Sozialdemokratie, den Gewerkschaften und von der Vollversammlung der UNO gefordert wird. Bezeichnenderweise erfährt man in den bundesdeutschen Medien kaum etwas über die schon mehr als 10 Jahre alte UNO-Konvention, in der die Unterscheidung zwischen Naziverbrechen und anderen Verbrechen auch juristisch in vorbildhafter Weise gezogen ist. (s. S.) Nach dieser UNO-Konvention über die Nichtanwendung von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit finden die innerstaatlichen Verjährungsbestimmungen der Mitgliedsstaaten keine Anwendung, auf Kriegsverbrechen und auch auf in Zeiten des Friedens begangene Verbrechen, wie sie im Statut des Internationalen Gerichtshofs vom 8.8.1945 und durch die Resolutionen 13.2. und 11.12.1946 der UNO-Vollversammlung bestätigt wurden.
Es ist eine Schande, daß gerade die BRD der UNO-Konvention noch nicht beigetreten ist. Sorgen wir dafür, daß sie es tut, nicht nur wegen der Abscheulichkeit der vergangenen Verbrechen, sondern auch vor allem wegen unserer Zukunft. ■

In mehr als 74 000 Fällen keine Verurteilung in NS-Verfahren

SZ 7.2.79

Bonn (ddp)

Insgesamt 84 403 Verfahren sind wegen des Verdachts nationalsozialistischer Straftaten oder Kriegsverbrechen bis zum 31. Dezember 1977 auf dem Gebiet der Bundesrepublik eingeleitet worden, in 74 263 Fällen kam es bei Abschluß nicht zu einer Verurteilung. Diese Zahlen nennt der Leiter der Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Adalbert Rückerl, in einer Dokumentation über die Strafverfolgung von NS-Verbrechen. Nach Auffassung von Rükkerl werden voraussichtlich auch nach Ablauf der gegenwärtigen, bis Jahresende geltenden Verjährungsfrist noch bislang unbekannte NS-Gewaltverbrechen aufgedeckt, wobei er aber die Chancen für eine Anklage bei Aufhebung der Verjährungsfrist „nur noch äußerst gering" einschätzt. 6432 Angeklagte wurden nach einer Statistik des Bundesjustizministeriums bis Ende 1977 rechtskräftig zu einer Strafe verurteilt. Die im Auftrag des Ministeriums gefertige Dokumentation kann demnächst kostenlos beim Bundesjustizministerium oder im Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn angefordert werden.

ANZEIGE

Für ein ehrliches und klares Nein zur Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Jedermann ist aufgerufen, dafür Sorge zu tragen, daß die Bundesrepublik jetzt nicht einen schweren und kaum wiedergutzumachenden Fehler begeht!

Nazi-Vergangenheit verjährt so lange nicht, wie sie unsere Zukunft bedroht!

Mit der Nazi-Vergangenheit kann es keinen Frieden, auch keinen „Rechtsfrieden" geben! Es ist nicht nur eine unerträgliche Vorstellung, daß jemand, der Juden und Arbeiter massenweise folterte und waggonweise in die Gaskammern dirigierte, nach Ablauf einer Verjährungsfrist ohne Furcht vor einer Strafe auftauchen und auftreten kann, während das Leiden der überlebenden Opfer andauert. Sondern allein der Gedanke, daß diese Untaten heute von Rechts wegen straflos bleiben könnten, läßt alles, was auf eine Wiederholung solcher Verbrechen hinauslaufen kann, als nicht mehr so schlimm erscheinen, und bedroht somit unsere und unserer Kinder Zukunft! Zumal es nicht wenige sind, die sich wieder offen zur Nazi-Ideologie bekennen und die Nazi-Verbrechen entschuldigen oder gar rechtfertigen.

Mord ist nicht gleich Mord

Aus den gleichen Gründen, die gegen eine Verjährung von Nazi- und Kriegsverbrechen sprechen, wäre es aber keine Lösung, sondern ein folgenschwerer Fehler, die Aufhebung der Verjährung für jedweden Mord zu verfügen. Denn es spricht der Gerechtigkeit hohn, wenn die Verfolgung von Nazi-Verbrechern nur dann möglich sein soll, wenn zugleich anderen Menschen ein Recht genommen wird: Menschen, die sich zwar eines so schweren Verbrechens wie des Mordes schuldig gemacht haben, aber nichts für die Verbrechen des Nazi-Regimes können! Es ist eine erschreckende Preisgabe von Anschauungen, für die allen voran die Arbeiterbewegung gestritten hat, wenn ausgerechnet ein sozialdemokratischer Justizminister für eine Nichtverjährung jedweden Mords anführt, daß solche Menschen sowieso nicht „resozialisierbar" seien. Denn das heißt: die Gesellschaft, die gesellschaftlichen Verhältnisse von vornherein freizusprechen von der Verantwortung für die Taten, wie sie in der Bundesrepublik tausendfach geschehen. Aber nicht nur all dies! Sondern die Gleichstellung mit solchen Taten in Form der Nichtverjährung jedweden Mords bedeutet eine ungeheure Verharmlosung der Nazi-Verbrechen. Denn dieses Foltern und millionenfache Morden war Teil eines staatlich organisierten Verbrechens, geschah gegen Bezahlung und im Namen einer Ideologie, die die Ausrottung von Teilen des eigenen Volks und anderen Völkern für Rechtens erklärte. Damit sich dies nie wiederholt, deswegen kann und darf es **hierfür** keine Verjährung geben!

Es gibt eine saubere, einfache Lösung!

Niemand wird behaupten dürfen, daß sich eine Verjährung der Nazi-Verbrechen nur mit Hilfe der Nichtverjährung für Mord verhindern ließe. Niemand wird sich damit herausreden können, daß eine Unterscheidung zwischen Nazi-Verbrechen und anderen Verbrechen zu schwierig sei. Vielmehr existiert seit über zehn Jahren die **UNO-Konvention über die Nichtanwendung von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.** Danach finden die innerstaatlichen Verjährungsbestimmungen der Teilnehmer-Staaten keine Anwendung auf **Kriegsverbrechen und auf auch in Zeiten des Friedens begangene Verbrechen, wie sie im Statut des Nürnberger Internationalen Gerichtshofs vom 8. 8. 1945 definiert und durch die Resolutionen 13. 2. und 11. 12. 1946 der UNO-Vollversammlung bestätigt wurden,** auch wenn diese Verbrechen keine Verletzung des innerstaatlichen Rechts des Landes darstellen, in dem sie begangen wurden. Dabei wird – in der Präambel dieser nur von der UNO-Vollversammlung revidierbaren Konvention – von der Überzeugung ausgegangen, „daß die wirksame Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein wichtiger Faktor bei der Verhinderung solcher Verbrechen, zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, bei der Unterstützung des Vertrauens, bei der Förderung der Zusammenarbeit unter den Völkern und bei der Förderung des Weltfriedens ist".

Weiterhin wird festgestellt, „daß die Anwendung innerstaatlicher Verjährungsbestimmungen für Verbrechen der allgemeinen Kriminalität auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für die Weltöffentlichkeit eine Angelegenheit von ernster Besorgnis ist". Es ist sowieso schon ein politischer Skandal, daß ausgerechnet das UNO-Mitglied Bundesrepublik Deutschland, dessen Bürger ein besonderes Interesse an einem klaren Trennungsstrich zu den Verbrechen des Nazi-Regimes haben, dieser Konvention bislang noch nicht beigetreten ist, obwohl Art. 25 des Grundgesetzes den allgemeinen Regeln des Völkerrechts den Vorrang gibt gegenüber den Gesetzen der BRD! Um so angebrachter und notwendiger ist es, durch den sofortigen Beitritt zu dieser UNO-Konvention auf gerechte und einfachste Weise dafür zu sorgen, daß der staatlich organisierte Mord des Nazi-Regimes auch nach dem 31. 12. 1979 weder verjährt noch bagatellisiert wird durch die Gleichstellung mit der allgemeinen Kriminalität. Das sind wir uns und unserem Volk schuldig!

Prof. Dr. Wolfgang Abendroth;
Wilhelm Adler;
Dr. Günter Anders;
Eduard Bäumer;
Bernt Engelmann;
Anne Marie Fabian;
Prof. Dr. Walter Fabian;
Prof. Dr Ossip K. Flechtheim;
Ekes Frank;
Peter Gingold;
Leonhard Gmür;
Kurt Goldstein;
Heinrich Häberlein;
Prof. Dr. Horst Herrmann;
Dr. Keram Khella;
Prof. Dr. Reinhard Kühnl;
Emil Menz;
Rüdiger Minow;
Prof. Dr. Gustav Obermair;
Prof. Dr. Norman Paech;
Prof. Dr. H. Ridder;
Prof. Dr. Peter Römer;
C. Josef Rossaint;
Jürgen Roth;
Dr. Erika Runge;
Guido Senzig;
Ute Schilde;
Thomas Schmitz-Bender;
Prof. Dr. Gerhard Stuby;
Horst Symanowski;
Hannes Wader;
Peter Weiß.

Sicher stellen die bisherigen Unterzeichner nur einen kleinen Bruchteil derer dar, die mit der obigen Erklärung übereinstimmen. Senden Sie darum Ihre Unterschrift und/oder Ihre Stellungnahme an Ute Schilde. Helfen Sie mit, die Veröffentlichung dieser Erklärung zu finanzieren. Postscheckkonto Nürnberg 231 252-850 Ute Schilde, Kennwort: „Verjährung".

Verantwortlich: Ute Schilde, Dänzergasse 8, 8400 Regensburg.

Am 17.2.79 erschien in der Frankfurter Rundschau nebenan abgedruckter Aufruf.
Unserer Meinung nach ist diese Erklärung in zweifacher Hinsicht von besonderer Bedeutung:
- mit ihr leisten die Unterzeichner einen Beitrag zur Klärung der Diskussion um Wehners (SPD) Vorschlag, nach dem Mord und Völkermord gleichgesetzt werden soll und allgemein jedweder Mord nicht mehr verjähren soll.
- mit ihrer Erklärung haben die Unterzeichner, als Persönlichkeiten, die in der Öffentlichkeit bekannt sind, der demokratischen Bewegung beispielhaft gezeigt, daß es möglich ist, von verschiedenen politischen Positionen her in den anstehenden Fragen um die Verjährung eine gemeinsame Erklärung abzugeben.

UNO-KONVENTION

Konvention über die Nichtanwendbarkeit von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit
vom 26. November 1968
Abgedruckt aus:
Völkerrecht, Dokumente, Teil 3,
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, S.1025 ff

in Kraft getreten am 11. November 1970

Mitgliedstaaten (Stand vom 31. Mai 1972
Albanien, Belorussische SSR, Bulgarien, DDR (1973), Guinea, Indien, Jugoslawien, Kamerun, Kenia, Kuba, Mongolei, Nigeria, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei, Tunesien, Ukrainische SSR, Ungarn;
Die Konvention wurde als Anhang der UNO-Resolution A/2391 (XXIII) mit 58 Stimmen gegen 7 Stimmen (Australien, El Salvador, Großbritannien, Honduras, Portugal, Südafrika, USA) bei 36 Stimmenthaltungen angenommen.

Präambel

Die Vertragsstaaten der vorliegenden Konvention sind,
erinnernd an die Resolutionen der Vollversammlung der Vereinten Nationen 3 (I) vom 13. Februar 1946 und 170 (II) vom 4. Oktober 1947 über die Auslieferung und Bestrafung von Kriegsverbrechern und 95 (I) vom 11. Dezember 1946, die durch das Statut des Nürnberger Gerichtshofes und das Urteil des Gerichtshofes anerkannten Völkerrechtsprinzipien bekräftigt, sowie erinnernd an die Resolution 2184 (XXI) und 2202 (XXI) der Vollversammlung, welche die Verletzung der ökonomischen und politischen Rechte der eingeborenen Bevölkerung einerseits und die Politik der Apartheid andererseits ausdrücklich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt haben;
erinnernd an die Resolutionen des Wirtschafts- und Sozialrates der Vereinten Nationen 1074 D (XXXIX) vom 28. Juli 1965 und 1158 (XLI) vom 5. August 1966 über die Bestrafung der Kriegsverbrecher und Personen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen haben;

feststellend, daß in keiner der feierlichen Erklärungen, in keinem der Dokumente und in keiner der Konventionen, die sich auf die Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beziehen, eine Verjährungsfrist vorgesehen ist;
in Anbetracht dessen, daß Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu den schwersten Verbrechen im Völkerrecht gehören;
davon überzeugt, daß die wirksame Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein wichtiger Faktor bei der Verhinderung solcher Verbrechen zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten bei der Unterstützung des Vertrauens, bei der Förderung der Zusammenarbeit unter den Völkern und
bei der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist;
feststellend, daß die Anwendung der innerstaatlichen Verjährungsbestimmungen für Verbrechen der allgemeinen Kriminalität auf Kriegsverbrechen und auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit für die Weltöffentlichkeit eine Angelegenheit von ernster Besorgnis ist; da sie die Verfolgung und Bestrafung von Personen, die für solche Verbrechen verantwortlich sind, verhindert;

Wolfgang Langhoff
DIE MOORSOLDATEN

Dieser Tatsachenbericht aus dem KZ Börgermoor, schon 1935 in der Schweiz erschienen, war eines der ersten und aufrüttelndsten Werke über die Verbrechen der Naziherrschaft in Deutschland.

4. Auflage
325 S. DM 7,50

anerkennend, daß es notwendig und an der Zeit ist, durch diese Konvention völkerrechtlich das Prinzip zu bekräftigen, daß es für Kriegsverbrechen und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit keine Verjährungsfrist gibt und die weltweite Anwendung dieses Prinzips zu gewährleisten, wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Die Verjährung findet keine Anwendung auf die folgenden Verbrechen und zwar unabhängig vom Zeitpunkt ihrer Begehung:

a) Kriegsverbrechen, wie sie im Statut des Nürnberger Internationalen Gerichtshofes vom 8. August 1945 definiert und durch die Resolution 3(I) vom 13. Februar 1946 und 95(I) vom 11. Dezember 1946 der Vollversammlung der Vereinten Nationen bestätigt wurden, insbesondere die "schweren Verletzungen", die in den Genfer Abkommen zum Schutze der Kriegsopfer von 1949 aufgeführt sind;

b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit und zwar unabhängig davon, ob sie in Zeiten des Krieges oder des Friedens begangen wurden, wie sie im Statut des Nürnberger Internationalen Gerichtshofes vom 8. August 1945 definiert und in den Resolutionen 3(I) vom 13. Februar 1946 und 95(I) vom 11. Dezember 1946 der Vollversammlung der Vereinten Nationen bestätigt wurden. Vertreibung durch bewaffneten Angriff oder Okkupation und unmenschliche Handlungen, die aus der Apartheid-Politik resultieren, sowie das Verbrechen des Völkermords, wie es in der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermords vom Jahre 1948 definiert wurde, auch wenn solche Handlungen keine Verletzung des innerstaatlichen Rechts des Landes darstellen, in dem sie begangen wurden.

Artikel II

Bei Begehung irgendeines der im Artikel I genannten Verbrechen finden die Festlegungen dieser Konvention Anwendung auf Vertreter der staatlichen Behörden und auf Privatpersonen, die als Täter oder Teilnehmer solche Verbrechen begehen oder andere dazu anstiften oder sich zur Begehung solcher Verbrechen verschwören, und zwar unabhängig vom Grad ihrer Vollendung, sowie auf Vertreter staatlicher Behörden, die die Begehung solcher Verbrechen dulden.

Artikel III

Die Vertragsstaaten dieser Konvention verpflichten sich, alle notwendigen, innerstaatlichen, gesetzgeberischen oder anderen Maßnahmen zu ergreifen, um in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht die Auslieferung der im Artikel II dieser Konvention genannten Personen zu ermöglichen.

Artikel IV

Die Vertragsstaaten dieser Konvention verpflichten sich, in Übereinstimmung mit ihren entsprechenden verfassungsmäßigen Verfahren alle notwendigen gesetzgeberischen oder anderen Maßnahmen zu ergreifen, um zu gewährleisten, daß gesetzliche oder andere Verjährungsbestimmungen auf die Verfolgung und Bestrafung der im Artikel I und II genannten Verbrechen keine Anwendung finden und daß solche Verjährungsbestimmungen dort, wo sie bestehen, abgeschafft werden.

.... Artikel VII

Diese Konvention steht jedem im Artikel V genannten Staat (d. h. jedem Mitglied der Vereinten Nationen - die Red. -) zum Beitritt offen. Die Beitrittsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt..... ■

Heinz Brüdigam

Chronik der Verjährungsfrage:

Seit 30 Jahren drückt sich die BRD um eine eindeutige Stellungnahme

Durch den Fernsehfilm "Holocaust" wurde die Diskussion um die Verjährung von Naziverbrechen wieder in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses gerückt.

Das Problem ist nicht neu.
1965 trat es erstmals mit Ablauf der damals 20-jährigen Verjährungsfrist für Mord auf. Damals schob man eine klare Entscheidung dadurch hinaus, daß man den Beginn der Verjährung von 1945 auf 1949 verlegte. Das wurde damit begründet, daß vor 1949 eine Verfolgung von NS-Verbrechen durch ordentliche Gerichte in der BRD nicht möglich war. Demnach wären die Verbrechen des Hitlerfaschismus mit Wirkung vom 31. Dezember 1969 verjährt.
1969 flammte die Diskussion erneut auf. Die Parlamentarier stritten über die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten. In der Diskussion waren v.a. zwei Argumentationen. Einmal Verlängerung der Verjährungsfristen für Mord von 20 auf 30 Jahre, zum andern Aufhebung der Verjährung für Mord generell. Die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD, die in der großen Koalition schon andere Probleme "gelöst" hatten - 1969 die Verabschiedung der Notstandsgesetze bei denen die demokratische Bewegung großen Widerstand leistete - gingen den Weg des geringsten Widerstandes und schoben die Entscheidung 10 Jahre raus. Politisch unterschied sich diese Entscheidung kaum von dem anderen Vorschlag, nämlich der Aufhebung der Verjährung für Mord generell. Beiden Vorschlägen gemeinsam ist die Verharmlosung der Naziverbrechen und das Herumdrücken um eine grundsätzliche Verurteilung.

Die tatsächliche Alternative zu den obigen Vorschlägen wurde von den Parlamentariern gar nicht aufgegriffen. Angesichts der Diskussion über die anstehende Verjährung für Naziverbrechen, hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 27.11.
1968 einen Konventionsentwurf über die Nichtverjährung von Kriegs- und Menschlichkeitsverbrechen mit Mehrheit angenommen. Für diese Konvention stimmten über 50 Staaten, darunter auch die, die besonders unter den Verbrechen der Nazis gelitten hatten, wie Polen. Gegen diese Resolution stimmten u.a. die USA, Südafrika, Portugal.

Die BRD ist bis heute dieser Konvention nicht beigetreten, obwohl z.B. Art. 25 des Grundgesetzes vorschreibt: "Die allgemeinen Regeln des Völkerrechts sind Bestandteil des Bundesrechts, sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes".
Die Hoffnung der Parlamentarier bei ihrem faulen Kompromiß von '69, die Naziverbrechen
1979 ad acta legen zu können, sind nicht in Erfüllung gegangen.
Das Interesse an der Vergangenheit und ihrer Bewältigung ist größer geworden statt kleiner!
Das Vergessen der Vergangenheit, das Vertuschen der Wahrheit über die Nazis und ihre Hintermänner, das Sich-Nicht-Mehr-Erinnern-Können der Verantwortlichen und Mitläufer, das Verschleppen der Prozesse gegen die Naziverbrecher, all das hat in Wirklichkeit nicht Gleichgültigkeit hervorgerufen, sondern Fragen und Empörung.
Die Demokraten haben sich verstärkt um die Bewältigung der Vergangenheit bemüht, sie haben angefangen, Politiker mit brauner Vergangenheit davon zu jagen. Das ist der einzig richtige Weg die Vergangenheit zu bewältigen, aus ihr zu lernen und nie wieder eine ähnliche Entwicklung zuzulassen.
Eine eindeutige Stellungnahme der Demokraten zur Verjährung ist der nächste Schritt:
MORD IST NICHT GLEICH MORD!
KEINE VERJÄHRUNG FÜR NAZIVERBRECHEN!

■

Terminkalender !!!

A S K - Stammtische (München)

Jeden 1. Montag im Monat findet vom ASK München ein Stammtisch statt.

Wir diskutieren mit Interessierten aktuelle, politische Themen:

5.3. Bedingungen der Aktionseinheit (zum neuen Aktionsprogramm der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes))
2.4. Die Aufgaben der Gewerkschaften im antifaschistischen Kampf
5.5. 30 Jahre Grundgesetz

Ort: "Stadt Salzburg"
Sedanstraße Ecke Steinstraße
Beginn: 2o h

Sonstige, wichtige Termine:

6.3. Prozeß: Zeit-Verlag kontra Seidl-Gegner
31.3. Zentrale Berufsverbots-Demonstration in Bonn
21.4. Internationale Kundgebung gegen Verjährung der NS-Verbrechen in Straßburg.
28.4. SS-Junker-Treffen in Lenggries bei Bad Tölz (wir planen Gegenmaßnahmen)
1.5. Kampftag der Arbeiterklasse

Bevor Sie umblättern

Die folgenden beiden Seiten haben wir aus der neuesten Ausgabe der "Kämpfenden Jugend"(Zeitung des Bundes Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend)übernommen.Wir finden, daß mit diesem-zudem sehr gut aufgemachten-Artikel der Nagel auf den Kopf getroffen wurde, worum es zum jetzigen Stand der Diskussion um die Verjährung von NS-Verbrechen in aller erster Linie geht: Um die klare Zurückweisung des "Mord=Mord-Arguments",die Gleichsetzung von NS-Verbrechen und jedwedem Mord.
Die Bedeutung einer klaren Stellungnahme zu diesem Problem ist nämlich der demokratischen Bewegung gegen die Verjährung von NS-Verbrechen noch nicht umfassend klar und auch im ASK gab es Unsicherheiten und offene Fragen über die Argumentation.Darin genau liegt aber die große Gefahr für unseren so erfolgversprechenden Kampf.
Gegen die Verjährung von NS-Verbrechen ist inzwischen jeder Demokrat und diese einheitliche Verurteilung dieser abscheulichen Morde von seiten der demokratischen Öffentlichkeit im In-und Ausland hat schon bewirkt,daß auch die Bundestagsparteien um eine Ablehnung der Verjährung von NS-Verbrechen nicht mehr herumkommen werden.
Und in dieser Situation tauchte Wehner,der sich schon oft durch besonders weitblickendes politisches Geschick im Dienste der Reaktion ausgezeichnet hat,mit seinem Vorschlag auf,die einzige Möglichkeit,dem aktiven Antifaschismus noch die Spitze abzubrechen.
Wehner drückt sich um das klare Nein zu NS-Verbrechen und zu dem Verbrecherstaat,der sie verursacht hat,zum Faschismus.Aber nicht nur das ist so gefährlich daran,sondern das "Geniale" ist: Aus einer demokratischen antifaschistischen Forderung soll nun eine Entliberalisierung des bestehenden Strafrechts resultieren!
Warum wohl sonst zieht dieser Vorschlag sogar die äußersten Rechten mehr und mehr an?Was gefällt Biedenkopf so sehr?
Laut SZ vom 12.2. ist für ihn dabei weniger die Verfolgung nationalsozialistischer Verbrechen maßgebend,sondern vielmehr die veränderte Rechtsauffassung zur lebenslangen Haftstrafe.
Über solche "veränderten Auffassungen" wiederum kann kein anderer als "Kopf-ab-Jäger"(CSU) frohlocken,denn die Entliberalisierung des Strafrechts nützt seinem Ziel,der Einführung der Todesstrafe,die sich grausam gegen die Arbeiterbewegung richten würde(leicht kann ein Mord "angehängt" werden,dies zeigt die Geschichte der Arbeiterbewegung).

→

Verbillert

Mord. Wenn er erwischt wird, bekommt er wahrscheinlich lebenslänglich aufgebrummt. Dabei kam alles so - Herbert weiß selbst nicht mehr wie er es sagen soll. Plötzlich sah er bloß noch seine Tasche und das Geld. An Geld hatte Herbert nie Überdruß. So lange er bei seinen Eltern wohnte, war Sparen groß geschrieben. Sie wohnten in Giesing, in einer alten Wohnung, keine Heizung, kein Warmwasser. Eigentlich war sie ja immer zu eng, wo ja noch so viele Geschwister mit drin wohnten. Oft gab es Krach, weil man sich so auf der Pelle saß. Beim Mittagessen galt: Schnell zugreifen mußte man, bevor sich die anderen das große Stück Fleisch wegschnappten.
So ging sein Leben lange Zeit eigentlich "normal" - mit allen Verbitterungen, die so ein Leben mit sich bringt. Endlich! hat er sich gedacht, als er aus der Bruchbude Schule herauskam, wo er immer nur zu hören bekam: Was bist du denn schon, gehorchen mußt du, aus Amen!
Daß er damals noch keine Lehrstelle hatte, sorgte ihn weniger - er war sich sicher, noch eine zu finden. Als er aber beim zehnten Vorstellungsgespräch immer noch nichts hatte, hatte er allmählich die Schnauze voll. Bin ich denn ein Stück Vieh, das am Markt verkauft wird? - So geisterte es in seinem Hirn. Immer die gleichen Demütigungen (was Mathematik vier - so einer sind sie also).
Allmählich hatte er alle Metallbetriebe abgeklappert - wieder nichts.
Herbert wollte Maschinenschlosser werden - jedesmal wurde er abgewiesen. Sommer nahte. Herbert ging oft mit seinen Freunden baden - doch seine Gedanken waren eigentlich wo ganz anders: Und was wird ab 1. September? Jeden Tag wartete er gespannt auf den Postboten. Ist eine Antwort von Betrieben dabei? Hier - hoffentlich! - Sehr geehrter Herr B. Leider müssen wir ihnen blablawieder nichts.
Es ist September. Herbert bekam keine Lehrstelle. Als was, wäre ihm inzwischen eh schon egal gewesen. Egal war ihm allerdings nicht das ewige Gekeife der Mutter, auch wenn er sie nur zu gut verstand. Trotzdem - allein jeden Tag die Frage "klappt es jetzt endlich? " gepaart mit so Bemerkungen wie "wenn du wolltest, ginge das schon" und so guten Tips wie "arbeit' mal was, wenigstens bekommst du mehr als nichts."
Seitdem ließ er sich nicht mehr oft daheim blicken und ging lieber zu seiner Freundin, die Evi.
Na ja, irgendwann hat Herbert es dann aufgegeben, eine Lehrstelle zu finden und als er dann zufällig eine Stelle erwischte als Hilfsarbeiter in einer Druckerei, packte er zu. Am 1. Tag hat es ihm eigentlich sehr gut gefallen. Aber schon nach vier Wochen zog Herbert ein saures Gesicht, wenn ihn seine Freunde mal auf seine Arbeit ansprachen: "Die letzte Schinderei! Papierpaletten transportieren, zusammenlegen, lauter stupide Arbeit, den ganzen Tag. Und der Chef - die letzte Niete! Ein Offizier ist ein Dreck dagegen!"
Der Lohn grenzt an Frechheit:6.50 DM die Stunde.Und dafür mußte er sich noch so abrackern."Eh wurscht-"sagte deswegen Herbert damals,als er dann entlassen wurde wegen-"Arbeitsmangel" Als er aber dann das mickrige Arbeitslosengeld in der Hand hatte,merkte er, daß es ihm doch nicht wurscht war. Gerade als er wieder einmal aus dem Arbeitsamt herauskam,quietschten neben ihm plötzlich Bremsen.Ein roter Porsche hielt und ein früherer Klassenkamerad - ein Bonzensöhnchen - griente raus:"Na Herbert,arbeitslos? Haha! Lebst z.Zt.von Vater Staat? Haha! Na ja,mach's gut!"und schon brauste er weiter.
Herbert stand da wie ein begossener Pudel."Arschloch",raunte er.Diese Demütigung!Derartiges passierte oft-zu oft.

Für die Verjährung von Individualverbrechen

Und dann hatte er noch Krach mit Evi. Nichts tragisches,aber trotzdem-sie wollte,daß er sich endlich durchsetzt gegen seine Eltern und auszieht und er wehrte ab.Zu feige war er,zuzugestehen, daß das Geld einfach fehlt,und daß,weil sein Vater arbeitslos ist,er Geld abgibt. Muttersöhnchen—genau das hatte sie gesagt und deswegen hatte er gar nichts gesagt.
Jetzt hatte er die Schnauze wirklich voll. Allein trottete er durch die Stadt—es dämmerte schon und die Autos leuchteten durch den Nebel—die Gedanken dabei,wie er es mit Evi wieder einlenkt.Da stach ihm plötzlich ein geschniegelter älterer Mann ins Auge,wie er in die Bank ging.Spontan folgte er ihm,stellte sich hinter ihm an."Herbert,spinnst du? " fährt es durch sein Hirn."Sie wünschen? " "5000 DM bitte"."Herbert,5000 Eier". "Auf Wiedersehen,Herr Eberle"."Auf Wiedersehen".Der Mann ging an die Kasse—Herbert sah von der Seite die Scheine und schluckte.Der Mann verließ die Bank.Forschen Schritts zur nächsten Ampel. Rot—Grün—er geht rüber. 10 m hinter ihm Herbert."5000 Eier—alle Sorgen los—Evi alles klar Schiff Mensch Herbert!"Der Mann ging Richtung Luitpoldpark.Schon bog er ein in den Park.Herbert erweiterte den Abstand "Herbert,jetzt oder nie! Kein Mensch ist da,lang zu—Herbert du spinnst ja,das ist Quatsch!"Doch schon rannte er los—

zu dem Mann hin—greift an seine Taschen und wollte wegrennen,—doch irgendetwas klappte nicht."Hilfe,Überfall!" zerfetzte ein Schrei die Luft."Schöne Scheiße!!!!"durchzuckt es Herbert. Zack-der Kinnhaken saß!Zack—einen Renner in den Magen - zack - der Mann flog auf den Boden. Herbert rannte um sein Leben! Weg, nichts wie weg!!

Nächster Morgen. 6 Uhr. Herbert hastet in die Fabrik. Schnell greift er noch vorher in den Kasten der Bildzeitung und fingert sich eine heraus. Seite 1: nichts - Seite 2: nichts - Seite 3, hier, ja hier steht es, dick und fett: "Raubmord an 64jährigen Beamten." Herbert würgte es. Was - tot ist der? Er laß weiter, doch nur Fetzen des Textes drangen in sein Hirn, durch Aufprall so schwer verletzt - ins Krankenhaus - jede Rettung zu spät - Täter unerkannt geflohen.

DIE VERBRECHEN DIESER NAZISCHERGEN DÜRFEN GERADE DESWEGEN NICHT VERJÄHREN, WEIL ....

Gegen Verjährung von Naziverbrechen!

SS Arzt Heim

der SS-Arzt Aribert Heim spritzte Häftlingen im KZ Manthausen Benzin und Chlormagnesium direkt ins Herz, um sie auf qualvolle Weise zu ermorden. Er hat anderen Häftlingen Leber, Gedärme,Milz oder das Herz bei Operationen herausgenommen und sie dadurch umgebracht. Einem Opfer hat er nach der Tötung auch noch den Kopf abgenommen, ihn ausgekocht und den präparierten Schädel auf seinen Schreibtisch aufgestellt. Dieser Aribert Heim lebt heute noch auf freiem Fuß und das nicht schlecht! Er hat in Westberlin ein großes Mietshaus von dessen Miete er im Untergrund lebt, da seit 17 Jahren ein Haftbefehl gegen ihn ausgestellt ist. Bisher war er aber nicht zu fassen, obwohl er jedes Jahr "pflichtgemäß" seine Einkommenssteuer erklärung über seine Rechtsanwälte aus seinem Schlupfwinkel abgeben konnte.

Bankier Abs

Wenn jemand aus dem Krieg Profit schlug, dann war es Herman Abs. Er war Vorsitzender der Deutschen Bank, stärkstes Finanzbollwerk des deutschen Imperialismus.

Die Böhmische Union-Bank in Prag, die Aktien-Bank in Sofia, die General-Bank und die Union-Bank in Luxemburg, die Banca Commerciala Romana in Bukarest, die Landesbank für Bosnien und Herzegowina, die Wiener Kreditanstalt, die Indsutrie- und Handelsunternehmen Hollands und einige 2o andere ausländische Fabriken, Werke, und Finanzinstitute, das waren alles Früchte, die der faschistische Kriegssturm 194o und 1941 der Herman Abs in den Schoß warf. Für keins dieser Unternehmen zahlte er einen Pfennig, wie er auch den Diebstahl des rumänischen und polnischen Öls als Leiter der Herren der Kontinentalen Öl AG fingierte. Die in der Geschichte der Neuzeit ohne Beispiel dastehende wirtschaftliche Plünderung der Sowjetunion 1941 bis 1944 blieb mit dem Namen Abs verknüpft, der ein führendes und tätiges Mitglied in dem Spitzenverband der Räuber war, der sich "Rußland- Ausschuß der deutschen Wirtschaft" nannte
(Albert Norden, Um die Nation)

Für seine maßlosen Kriegsverbrechen wurde er dann auch in Jugoslavien zu lebenslänglicher Freiheitsstrafe verurteilt . Auch die amerikanische Regierung fand 1946 heftige Worte:

Abs war der spiritus rector der niederträchtigen deutschen Bank, die eine ungewöhnliche Konzentration wirtschaftlicher Macht mit aktiver Teilhaberschaft an der verbrecherischen Politik des Naziregimes verband...

Abs hielt und hält es offensichtlich mit dem Spruch des damaligen Stellvertreter Hitlers, Rudolf Heß: Ich bereue nichts.

Denn sofort nach dem Krieg setzte er alles daran, die zerbrochene Macht wieder zu errichten. Heute ist wieder Vorstandsmitglied der Deutschen Bank das größte Finanzmonopol der BRD. Er ist wieder (stellvertretender) Vorsitzender des Aufsichtsrates einer Vielzahl von Firmen und Banken. Auch die Regierung meint, von ihm wieder gute Tips zu bekommen— Er ist in diversen Angelegenheiten Berater und Bevollmächtiger der Bundesregierung.

Enormen Einfluß hat er auch schon wieder bei der Rüstung über den rüstungswirtschaftlichen Arbeitskreis des "Verteidigungs"minisiteriums.

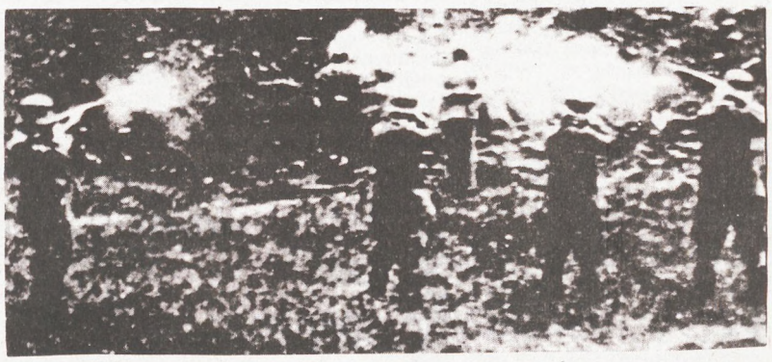
Zusammen mit Strauß organisierte er das Atom plott zwischen Bonn und den Rassisten Südafrikas. Die Atomzusammenarbeit läuft über Dr. Verleger, schon zu Hitlers Zeiten treu zu Diensten. Wie damals betätigt er sich heute auch wieder "international": Er ist Präsident des deutsch-amerikanischen Wirtschaftsverbandes, der Gesellschaft zur Förderung des Schutzes für Auslandsinvestitionen, Vorsitzender der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Kuratoriumsmitglied der Deutsch-spanischen Gesellschaft (die gegründet wurde zu Zeiten des Faschisten und Hitlerverbündeten Franco).

Er hat wirklich nichts bereut. Profit Expansion, neue Absatzmärkte bedeuten ihm und all seinen Kumpanen mehr wert als Millionen Arbeiterleben.

SOLCHE LEUTE WIE ER UND KRIEGSTREIBER ABS NOCH AN DER MACHT SIND!

→

Soll dieser Jugendliche unserer Geschichte (umseitig) auch nach 30 Jahren noch Angst haben, verfolgt und eingesperrt zu werden? Obwohl er seine Tat bereits in der ersten Sekunde bereut? Obwohl nichts anderes ihn zu dieser Tat getrieben hat, als Verzweiflung an einem gesellschaftlichen System, daß ihn weder Ausbildung noch eine menschenwürdige Arbeit, weder Achtung noch Hoffnung geben konnte. Nein! Dieser Mensch soll nicht ewig büßen für ein Verbrechen, das klein ist im Vergleich zu den Verbrechen, die der Kapitalismus an ihm begangen hat.
Wir sind für die Verjährung dieser Verbrechen. Wir brauchen keine Angst haben, daß eine solche Verjährung für Individualmord nach 30 Jahren die falschen trifft. Denn wer kriegt denn die höchsten Strafen bei uns. Die Kleinen. Die Großen (z.B. Wirtschaftsverbrecher) läßt man ja eh meistens laufen, oder sie kommen so billig davon wie z.B. eine Ingrid van Bergen.
Was für eine Verhöhnung ist es für die Millionen Toten des Dritten Reichs,wenn wenn man ihre systematische Vernichtung gleichsetzt mit dem Mord eines Jugendlichen, wie er in unserer Geschichte dargestellt ist.
Aber nichts anderes bedeutet es doch, wenn z.B. SPD-Fraktionsvorsitzender Wehner eine allgemeine Nichtverjährung von Mord fordert. Hiermit wird eine alltägliches Verbrechen mit dem wir es noch sehr lange zu tun haben werden gleichgesetzt mit Faschismus und Krieg. Welch eine Verharmlosung! Die uns aber gar nicht so sehr wundert, wenn man in den letzten Jahren gesehen hat wie dieser Staat auf beiden Ohren taub für neuerliche Gefahren von rechts ist.
Wenn die von vielen mit uns erhobene Forderung: Keine Verjährung von Naziverbrechen gestellt wird, gibt es doch glatt Leute, die angesichts dieser grausamen Verbrechen juristische "Probleme und Schwierigkeiten" anmelden. Dabei gibt es eine so saubere und klare Regelung zur Nichtverjährung!
1968 wurde in der UNO eine "Konvention über die Nichtanwendbarkeit von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und auf die Verbrechen gegen die Menschlichkeit" von 21 Ländern verabschiedet. Diese Konvention besagt:
"Feststellend, daß in keiner der feierlichen Erklärungen, in keinem der Dokumente und in keiner der Konventionen, die sich auf die Verfolgung und Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beziehen, eine Verjährungsfrist vorgesehen ist;
in Anbetracht dessen, daß Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu den schwersten Verbrechen im Völkerrecht gehören.
davon überzeugt, daß die wirksame Bestrafung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ein wichtiger Faktor bei der Verhinderung solcher Verbrechen, zum Schutz der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, bei der Unterstützung des Vertrauens, bei der Förderung der Zusammenarbeit unter den Völkern und bei der Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit ist;
feststellend, daß die Anwendung der innerstaatlichen Verjährungsbestimmungen für Verbrechen der allgemeinen Kriminalität auf Kriegsverbrechen und auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit für die Weltöffentlichkeit eine Angelegenheit von ernster Besorgnis ist;
da sie die Verfolgung und Bestrafung von Personen, die für solche Verbrechen verantwortlich sind, verhindert:
anerkennend, daß es notwendig und an der Zeit ist, durch diese Konvention völkerrechtlich das Prinzip zu bekräftigen, daß es für Kriegsverbrechen und für Verbrechen gegen die Menschlichkeit keine Verjährungsfrist gibt und die weltweite Anwendung dieses Prinzips zu gewährleisten, wird übereingekommen:
1. Auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit findet die Verjährung keine Anwendung, unabhängig vom Zeitpunkt der Tat.
2. Diese Bestimmung findet auch Anwendung auf Vertreter staatlicher Behörden, auf Privatpersonen, die als Täter oder Teilnehmer solcher Verbrechen begehen oder andere dazu anstiften oder sich zur Begehung solcher Verbrechen verschworen und zwar unabhängig vom Grad der Vollendung. Es findet auch Anwendung auf Vertreter staatlicher Behörden, die die Begehung solcher Verbrechen dulden.
3. Die Vertragsstaaten werden zur Durchführung alle ihnen gegebenen Maßnahmen ergreifen.
Diese Konvention macht auch nicht Halt vor den Kriegstreibern, vor den grauen Eminenzen im Hintergrund und den "Schreibtischtätern", von denen nur allzuviele heute wieder in der Regierung bei uns sitzen.
Wer sich radikal gegen die Verjährung von Naziverbrechen wenden will, muß diese UNO-Konvention unterstützen und fordern: Die BRD muß der UNO-Konvention gegen die Verjährbarkeit von Kriegsverbrechen beitreten!
Individualmorde müssen verjähren!



Die Kämpfende Jugend kann man auch abbonieren!
Die Preise sind
- für ein halbes Jahr, das heißt 3 Ausgaben 6DM (incl. Proto
- für ein halbes Jahr, das heißt drei Moant
- für ein halbes Jahr, das heißt drei Monate 6DM (incl. Porto)
- für ein Jahr, das heißt sechs Aus Ausgaben der KJ 1o DM (incl. Porto)
- für ein Förderabonement, das heißt 6 Ausgaben, pro Nummer 5 DM

Die Bezahlung erfolgt
- über Briefmarken zu senden an Peter Trube, Triesterstr. 73 8 München 8o
- über eine Überweisung an Konto H. Rosenfeld, Deutsche Bank, Filiale München, Zweigstelle Marienplatz 32/ 460?2 Kennwort "Kämpfende Jugend'

Impressum

KÄMPFENDE JUGEND
Zeitung des Bund Deutscher Pfadfinder im Bund Demokratischer Jugend – Landesverband Bayern und Ortsgruppe Mainz.
Herausgeber:
Der Landesvorstand
V.i.S.d.P.: Peter Trube, Triesterstr. 73, 8000 München
erscheint alle 2 Monate zum Preis von 1.- DM

Dokumentation

Kohl contra Strauß

Zu der Forderung des Historikers Golo Mann nach einer Generalamnestie für die NS-Zeit sagten Spitzenpolitiker der CDU und CSU:

Franz Josef Strauß: „Meine Zustimmung für den Vorschlag von Golo Mann hat nichts zu tun mit einem etwaigen Verständnis für die scheußlichen Verbrechen in der NS-Zeit, die ich zutiefst verurteile. Es muß auf der anderen Seite aber nun einmal endlich Schluß gemacht werden mit der Herumschnüffelei und der Hetzerei der linken Pseudomoralisten."

Helmut Kohl: „Wenn man Generalamnestie im streng juristischen Sinne faßt, ergeben sich enorme juristische Probleme. Aus meiner Tätigkeit als Ministerpräsident kenne ich viele solcher Fälle von schlimmen kriminellen Taten im Dritten Reich, aber auch von tragischer Verstrickung. Und ich glaube, die, die zum Beispiel nach der Verfassung für den Gnadenerweis Verantwortung tragen, müssen sorgfältig in jedem Einzelfall prüfen, ob ein Gnadenerweis möglich ist."

Rainer Barzel: „Golo Mann fordert die ‚Amnestie '78'. Für mich ist das so unbefriedigend und abwegig wie damals die ‚Kollektivschuld '45'. Menschen handeln, irren, werden schuldig, unterlassen, verantworten — immer und überall. An diesem Lebensgesetz soll man nicht rütteln. Die einzelnen sind je für sich gefragt — das Gewissen allein ist zu fragen. Mit ‚Schwamm drüber' wird — so oder so — nichts gewonnen."

Erich Fried, 57, in London lebender Dichter

Man sollte nicht verjähren, weil es sich gerade in letzter Zeit gezeigt hat, daß es noch Menschen gibt, die sagen: »Was damals Recht war, kann heute nicht Unrecht sein.« Solange Menschen leben könnten, die damals ermordet wurden, kann dies nicht verjähren.

Stimmen zur Frage der Verjährung

Claude Estier, 53, Pressesekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs

Es darf keinen Pardon für die von den Nazis und ihren französischen Handlangern begangenen Verbrechen geben. Nicht nur aus Gründen wie Respekt vor den Millionen Opfern, sondern auch, weil das »Untier« Faschismus nicht tot ist und weiterhin foltert, ausmerzt und mordet, und das auf allen Kontinenten.

Auschwitz-Komitee fordert Nichtverjährung von NS-Verbrechen

Bonn (ddp)

Das internationale Auschwitz-Komitee hat an alle politischen Kräfte in der Bundesrepublik appelliert, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus geschichtlichen, völkerrechtlichen und moralischen Gründen nicht verjähren zu lassen. Komitee-Präsident Maurice Goldstein (Brüssel) erklärte in Bonn, die Einstellung der Verfolgungsmaßnahmen gegen nazistische Kriegsverbrechen würde einer verschleierten Amnestie gleichkommen. Dies wäre auch nicht mit dem internationalen Recht vereinbar, das keinerlei Verjährung für derartige Verbrechen kenne. In einem Memorandum verlangte das Komitee den Beitritt der Bundesrepublik zu der 1968 von den Vereinten Nationen verabschiedeten Konvention über die Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

SZ 27./28.1.79

Heinz Kluncker

Vorsitzender der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

Ich bin unverändert der Meinung, daß NS-Morde nicht verjähren dürfen. Bei gutem Willen müssen sich rechtsstaatliche Lösungen finden lassen, die ausschließen, daß solche ungeheuerlichen Verbrechen einfach zu den Akten gelegt werden.

Heinz Oskar Vetter

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB)

Die Gewerkschaften der Bundesrepublik wenden sich mit Entschiedenheit gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen. Wer unter dem Hitlerfaschismus gemordet hat

oder den Auftrag dafür gab, muß auch heute noch zur Rechenschaft gezogen werden.

Presseerklärung:

Am 24. Januar 1979 hatten
Kurt Fricke (Deutsche Friedensunion / VVN)
Dr. Gerhard Schmid (SPD)
Dr. Andreas Angerstorfer (Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit)
Monika Gödecke (Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit)
Prof. Gustav Obermair (Arbeitskreis Verteidigt die Bürgerrechte)
Conny Renkl (Regensburger Bürgerkomitee)
Walter Maltz (evangelischer Pfarrer)
Paul Köllner (Anti-Strauß-Komitee)
Frank Leibig (Gewerkschaft HBV)
Conny Lohmeier (Landesvorsitzende der Jungdemokraten)

zu einer Diskussion über die "Verjährung von Nazi-Verbrechen" eingeladen. 250 Teilnehmer dieser Veranstaltung sprachen sich eindeutig gegen eine Verjährung aus und wandten sich ausdrücklich auch gegen eine Gleichsetzung von Mord mit organisierter Massenvernichtung von Menschen.
Die Nazi-Vergangenheit verjährt solange nicht, wie sie unsere Zukunft bedroht. Eine antifaschistische Erziehung der Jugend ist ein Beitrag, der Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO-Konvention über die Nichtverjährung von Nazi-Verbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist ein anderer, der zur Bewältigung der Vergangenheit von den Versammelten gefordert wurde.
Ein Telegramm dieses Inhalts wurde an die WDR-Redaktion zur Sendung "Holocaust" geschickt.
Einstimmig schlossen sich die Versammelten der Resolution der Kreisdelegiertenkonferenz des DGB am 14. Januar 1979 an, in der die obengenannten Forderungen bekräftigt wurden.

Regensburg, den 25. Januar 1979

Abgedruckt im Anschluß an diesen Artikel auf S. 24..

Bericht aus Regensburg:

Über drei Stunden lang verfolgten jung und alt aufmerksam diese Diskussion in Regensburg zum Thema Verjährung. Viele Jugendliche, aber auch Vertreter der älteren Generation griffen lebhaft und engagiert ein , darunter auch Mitglieder der jüdischen Gemeinde, die selbst im KZ waren oder dort ihre Angehörigen verloren haben.
Zwar war es sehr bald klar, daß niemand da war, der f ü r eine Verjährung der Naziverbrechen hätte sprechen wollen, aber die Vielfalt der Argumente schlug alle in ihren Bann.
Der älteste Sprecher am Podium, Kurt Fricke (DFU und VVN), der selbst unter dem Hitler-Faschismus gelitten hatte, wandte sich als erster eindringlich gegen die Greuel und Verbrechen der Nazis und forderte'keine Verjährung der Naziverbrechen, sondern statt dessen den Beitritt der BRD zur UNO-Konvention.
Pfarrer Maltz vertrat vom christlichen Standpunkt her, daß Verzeihen zwar ein hohes Prinzip sei, Voraussetzung dafür sei aber Bereuen und Sühne. (Man denke an Rudolf Heß: "Ich bereue nichts").

Gerhard Schmid (SPD) machte deutlich, daß es notwendig sei, bei den kommenden Aktionen einerseits die Front aufzuma-

chen gegen die Befürworter der Verjährung,
andererseits aber vor allem dafür zu sorgen, daß der Unterschied zwischen Mord und Völkermord nicht verwischt wird. Zum Thema Verjährung bei individuellem Mord: "Mord ist doch eine ganz andere Diskussion, die zu einem ganz anderen Zeitpunkt geführt werden muß!" Dies werde er auch im Bezirksvorstand der Ostbayrischen SPD, wo er arbeite, vertreten.
Conny Lohmeier (Landesvorsitzende der Jungdemokraten) berichtete, daß für die bayerischen Jungdemokraten "die Sache völlig klar" sei. Solche Verbrechen könnten nicht einfach verjähren, zumal wir als Volk von bestimmten Leuten gerne aufgezwungen bekämen, wir hätten eine Kollektivschuld zu bewältigen. "Diese Kollektivschuld ist ein sehr bequemer Deckmantel für diejenigen, die die eigentlichen Verantwortlichen sind". Deshalb seien die Judos dafür, daß diese zur Rechenschaft gezogen werden, wobei es allerdings mit der Aufhebung der Verjährung noch nicht getan sei. Z. B. hätten sie bei ihrer letzten Landesdelegiertenkonferenz zum Thema 'Aufklärung der Jugend' eine antifaschistische Darstellung der Ereignisse des "3. Reiches" in den Schulen gefordert. Auch sie trat ausdrücklich für eine klare Trennung von Mord und Völkermord ein.

Zu der vor allem von jungen Leuten oft geäußerten Frage, warum damals so viele Leute geschwiegen haben, regte Monika Gödecke (Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit) an, sich doch selber einmal zu fragen, was man heute tue. Sie selber könne jedenfalls feststellen, daß so mancher gegen seine Überzeugung aus Feigheit nicht einmal seine Unterschrift unter eine Petitionsliste setze. Ihr Kollege, der Theologe Dr. Andreas Angerstorfer (Assistent am Lehrstuhl für Altes Testament, Univ. Regensburg) forderte die "Öffnung aller bundesrepublikanischen Archive über NS-Täter und ein klares Schuldbekenntnis der Kirchen... Die Mörder leben noch!" Äußerte Angerstorfer und warnte vor der in der letzten Zeit aufkommenden "Welle von Judenwitzen, die denen des '3.Reiches' an Brutalität nicht nachstehen."
Angerstorfer brachte den konkreten Vorschlag, die von den 45 Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit herausgegebene Karte (s. unser Bild) zu unterzeichnen und an die Bundesregierung bzw. den eigenen Abgeordneten zu schicken, um auf diese Weise Einfluß zu nehmen.
Aus der Schule wußte Conny Renkl (Regensburger Bürgerkomitee) zu erzählen, daß seine Schüler, als über dieses Thema diskutiert wurde, sehr bald auf die entscheidende Frage kamen: wem hat das genützt, wer hat Hitler an die Macht gebracht? Völlig neu war für sie, daß der IG-Farben-Konzern (heute BASF, Bayer, Hoechst etc.) beispielsweise in Auschwitz Fabriken unterhalten hat, in denen Häftlinge arbeiteten, deren Arbeitskraft von der SS für RM 4.50 pro Tag verkauft wurde. Die Jugend aufzuklären, ihre Herzen und Hirne für den Kampf um Demokratie zu gewinnen, darauf käme es heute an.
Frank Leibig (Sekretär der HBV) leistete einen bemerkenswerten Beitrag aus der Sicht des Gewerkschafters indem er klarmachte, was das Problem der Verjährung mit der Arbeiterklasse zu tun hat. Der Hitler-Faschismus habe sich vor allem gegen die Arbeiter gerichtet und zu deren totaler Entrechtung geführt. Andererseits sei aber auch der konsequenteste Widerstand damals aus ihren Reihen gekommen. Die Forderung nach Verjährung der Nazimorde müsse man wieder als einen Angriff auf die Arbeiterklasse sehen, darum sei es die besondere Aufgabe der Arbeiter und ihrer Organisierung, der Gewerkschaften, sich dagegen mit aller Kraft zur Wehr zu setzen. Er wies daraufhin, daß der örtliche DGB in der Jugendbildungsarbeit 1979 spezielles Augenmerk auf das Problem des Faschismus wie auch des Neofaschismus richten wolle, aber - wie

immer -wären dabei Beteiligung und Engagement von 'unten' notwendig.
Paul Köllner (ASK) führte weiter aus, er sei auch deshalb und solange gegen die Verjährung, wie wir alle als Humanisten, als Demokraten, als deutsche Antifaschisten angegriffen werden, als Idioten bezeichnet und als die neuen Geächteten gebrandmarkt werden sollen. Wenn Strauß fordere "Ein Volk, das derartige wirtschaftliche Leistungen erbracht hat, hat ein Recht darauf, von Auschwitz nichts mehr hören zu müssen" dann gehe das gegen uns, gegen unsere humane und antifaschistische Tradition. Köllner forderte, wir müßten weiter darüber aufklären, was die Frage der Verjährung bedeute im Zusammenhang mit der Gefahr, in der sich die Demokratie befindet, wenn alte und neue Nazis in Staatsämtern sitzen und gegen antifaschistisch gesinnte Menschen Berufsverbote betreiben. Auf die Klage eines Schülers über die Hakenkreuze, die immer häufiger in Schultische eingeritzt zu finden sind, riet er ihm, ganz einfach mit einem Hobel in der Schule anzurücken, "wie wir alle - um bei diesem Symbol zu bleiben - mit einem Hobel herangehen und in diesem Lande reinen Tisch mit allen Nazis, den alten und den neuen machen müssen".
Gustav Obermair (Arbeitskreis 'Verteidigt die Bürgerrechte), der die Veranstaltung geleitet hatte, faßte schließlich zusammen, warum der Abend ein Erfolg geworden war. Nicht zuletzt deshalb nämlich, weil er wieder ein Stück weitergeholfen habe, 'Berührungsängste' die verschiedene Organisationen unter Druck, der auf sie ausgeübt wird, entwickelt haben, ein bißchen abzubauen. "Wir dürfen uns doch von unseren Gegnern das nicht aufzwingen lassen, daß wir, weil wir in Einzelheiten verschiedene politische Auffassungen vertreten, als Linke nicht zusammenarbeiten dürfen und können. Im Gegenteil: diese Verschiedenheiten, die werden wir untereinander austragen, aber solidarisch. Und zusammenarbeiten müssen wir, um eine demokratische Zukunft für unser Land zu sichern."

Im folgenden zwei bemerkenswerte Beiträge aus der Diskussion:

Franz Scheithauer (im Vorstand der VVN Regensburg):
"Wenn wir heute was erreichen wollen, dann muß sich tatsächlich die Linke einig sein gegen die Rechte. Wir können nur dann was erreichen, wenn wir eine Masse zusammenbringen können - und die Masse können wir nur dann zusammenbringen, wenn wir von diesen Abgrenzungsbeschlüssen abgehen. Tatsächlich ist es doch so: Die SPD grenzt sich ab von der DKP, die DKP grenzt sich ab von den Maoisten - und das ist auch so eine Sache, weil es gibt soviele . . . Dinger, die letzten sind schon wieder soweit, daß sie rechter sind als die Rechten, nicht wahr? Die letzten, also die, die sich heute KPD nennen - zu Unrecht. Also, wenn wir etwas erreichen wollen, dann müssen wir tatsächlich zu einer Aktionseinheit kommen, sonst können wir das nicht bremsen. Wir müssen in solchen Sachen, wenn es z. B. darum geht, gegen die Rechten zu demonstrieren, zusammenarbeiten. Dann darf man nicht Abgrenzungsbeschlüsse beachten sondern wir müssen uns alle vereinigen und gemeinsam gegen rechts gehen." (Starker Beifall)

Eine langjährige SPD-Genossin:

Als Vorbemerkung möchte ich nur sagen, ich freue mich, daß soviele junge Leute da sind. Aber ich muß ehrlich sagen, ich bin betroffen, daß nicht mehr aus der Generation da sind, die den Nationalsozialismus miterlebt haben. Ich muß auch sagen, ich klage viele und mich selber an, daß wir nicht früher und nicht mehr dagegen gesprochen haben und das gesagt haben, was wir wissen. Denn es wird nämlich heute schon wieder gefährlich! Mir ist kürzlich etwas passiert: Im Einkaufszentrum sind ein paar Leute meines Jahrgangs oder etwas älter oder auch jünger dagesessen und haben sich darüber unterhalten, wie schön das doch damals war in der

Nazizeit, weil es da gar keine Verbrechen gegeben hat, da konnte man nachts ohne Angst durch die Straßen laufen usw.. Ich habe dann erklärt, das ist mir gerade so eingefallen und zwar eine der scheußlichsten Sachen, die ich in meinem Leben gehört habe. Ein junger SS-Mann rühmte sich damit, daß er und seine Kameraden jüdischen, schwangeren Frauen solange auf den Bäuchen herumgehüpft sind bis der "Dreck" herausgespritzt ist. Das hat er gesagt, ich habe es selbst gehört. Ich war 12 oder 13 Jahre alt und habe das nie vergessen können. - Und wißt Ihr, was dann da im Einkaufszentrum passiert ist? Steht da einer auf - ungefähr in meinem Alter - und fängt an, mich zu beschimpfen. Also "rote Sau", das war noch das Allerharmloseste. Und er würde dafür sorgen, daß diese Leute wie ich usw. auch mal wieder vergast werden. - Was mich aber da am meisten betroffen hat, war, daß ungefähr 20 Leute drum herum saßen und standen, alte mittlere und ganz junge, die nicht einen Ton dazu gesagt haben, aber überhaupt nichts! Weder ja, das war scheußlich oder sonst etwas. Einer hat gesagt: sowas hat ein Deutscher nie getan; das war alles, was ich gehört habe.
Und das wollte ich hier nur mal gesagt haben! ■

Die Gleichgeschalteten von B.Brecht

Um sein Brot nicht zu verlieren
In den Zeiten zunehmender Unterdrückung
Beschließt mancher, die Wahrheit
Über die Verbrechen des Regimes bei der Aufrechterhaltung
der Ausbeutung
Nicht mehr zu sagen, aber
Auch die Lügen des Regimes nicht zu verbreiten, also
Zwar nicht zu enthüllen, aber
Auch nichts zu beschönigen. Der so Vorgehende
Scheint nur von neuem zu bekräftigen, daß er entschlossen ist
Auch in Zeiten zunehmender Unterdrückung
Sein Gesicht nicht zu verlieren aber in Wirklichkeit
Ist er doch nur entschlossen
Sein Brot nicht zu verlieren. Ja, dieser sein Entschluß
Keine Unwahrheit zu sagen, dient ihm dazu, von nun an
Die Wahrheit zu verschweigen. Das kann freilich
Nur eine kleine Zeit durchgeführt werden. Aber auch zu
dieser Zeit
Während sie noch einhergehen in den Ämtern und
Redaktionen
In den Laboratorien und auf den Fabrikhöfen als Leute
Aus deren Mund keine Unwahrheit kommt
Beginnt schon ihre Schädlichkeit. Wer mit keiner Wimper
zuckt
Beim Anblick blutiger Verbrechen, verleiht ihnen nämlich
Den Anschein des Natürlichen. Er bezeichnet
Die furchtbare Untat als etwas so Unauffälliges wie Regen
Auch so unhinderbat wie Regen
So unterstützt er schon durch sein Schweigen
Die Verbrecher, aber bald
Wird er bemerken daß er, um sein Brot nicht zu verlieren
Nicht nur die Wahrheit verschweigen, sondern
Die Lüge sagen muß. Nicht ungnädig
Nehmen die Unterdrücker ihn auf der da bereit ist
Sein Brot nicht zu verlieren.
Er geht nicht einher wie ein Bestochener
Da man ihm ja nichts gegeben, sondern
Nur nichts genommen hat.
Wenn der Lobredner
Aufstehend vom Tisch der Machthaber sein Maul aufreißt
Und man zwischen seinen Zähnen
Die Reste der Mahlzeit sieht hört man
Seine Lobrede mit Zweifeln an.
Aber die Lobrede dessen
Der gestern noch geschmäht hat und zum Siegesmahl nicht
geladen war
Ist mehr wert. Er
Ist doch der Freund der Unterdrückten. Sie kennen ihn.
Was er sagt, das ist
Und was er nicht sagt ist nicht.
Und nun sagt er es ist
Keine Unterdrückung.
Am besten schickt der Mörder
Den Bruder des Ermordeten
Den er gekauft hat zu bestätigen
Daß ihm den Bruder
Ein Dachziegel erschlagen hat. Die einfache Lüge freilich
Hilft ihm der sein Brot nicht verlieren will
Auch nicht lange weiter. Da gibt es zu viele
Seiner Art. Schnell
Gerät er in den unerbittlichen Wettkampf aller derer
Die ihr Brot nicht verlieren wollen: es genügt nicht mehr
der Wille zu lügen.
Das Können ist nötig und die Leidenschaft wird verlangt.
Der Wunsch, das Brot nicht zu verlieren mischt sich
Mit dem Wunsch durch besondere Kunst dem
ungereimtesten Gewäsch
Einen Sinn zu verleihen das Unsagbare
Dennoch zu sagen.
Dazu kommt daß er den Unterdrückern
Mehr Lob herbeischleppen muß als jeder andere, denn er
Steht unter dem Verdacht früher einmal
Die Unterdrückung beleidigt zu haben. So
Werden die Kenner der Wahrheit die wildesten Lügner.
Und das alles geht nur
Bis einer daherkommt und sie doch überführt
Früherer Ehrlichkeit einstigen Anstands, und dann
Verlieren sie ihr Brot.

Resolution

Nein zur Verjährung von Nazi-Verbrechen!

Für Nazi-Verbrechen kann es keine Verjährung geben, mit der Nazi-Vergangenheit kann es keinen Frieden, auch keinen Rechtsfrieden geben. Es ist eine unerträgliche Vorstellung, daß jemand, der Juden und Arbeiter massenweise folterte und waggonweise in die Gaskammern dirigierte, nach einer Verjährungsfrist ohne Furcht vor Strafe auftauchen und auftreten kann, während die Leiden der überlebenden Opfer andauern. Schon allein der Gedanke, daß diese Untaten heute von Rechts wegen straflos bleiben könnten, gibt denen, die sich heute noch oder schon wieder offen zur Nazi-Ideologie bekennen und die Nazi-Verbrechen leugnen, entschuldigen oder gar rechtfertigen, Auftrieb.
Damit sich die ungeheuren Verbrechen des Naziterrors nie mehr wiederholen, deswegen kann und darf es für sie keine Verjährung geben.
Seit über 10 Jahren existiert die UNO-Konvention über die Nichtanwendung von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
Die BRD ist dieser UNO-Konvention bis heute nicht beigetreten, obwohl sie Mitgliedsstaat der UNO ist und obwohl der Artikel 25 des Grundgesetzes den allgemeinen Regeln des Völkerrechts den Vorrang gegenüber den Gesetzen der BRD gibt.
Wir unterstützen die Stellungnahme des Vorsitzenden des Deutsche Gewerkschaftsbundes, Heinz-Oskar Vetter, in der er gegenüber dem Magazin "Stern" erklärte: "Die Gewerkschaften der Bundesrepublik wenden sich mit Entschiedenheit gegen eine Verjährung von NS-Verbrechen. Wer unter dem Hitler-Faschismus gemordet hat oder den Auftrag dafür gab, muß auch heute noch zur Rechenschaft gezogen werden."
Wir begrüßen diese Stellungnahme und fordern den DGB auf, in diesem Sinne die organisierte Kraft der Gewerkschaft einzusetzen.
Wir fordern die Bundesregierung auf, unverzüglich der UNO-Konvention über die Nichtanwendung von Verjährungsbestimmungen auf Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beizutreten und auf diese Weise dafür zu sorgen, daß der staatlich organisierte Terror des NS-Regimes auch nach dem 31. Dezember 1979 nicht verjährt.

(Angenommen auf der Kreis-Delegiertenkonferenz des DGB Regensburg, Kelheim am 14. Januar 1979)

Archiv: Dokumentationszentrum des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes, 1010 Wien, Salztorgasse 6/IV/5

Dieser Mörder ist nicht gefunden worden! Er und tausende Nazi-Verbrecher sind noch immer auf freiem Fuß, viele unter falschem Namen. Sie warten auf den 31. Dezember 1979, an dem ihre Verbrechen verjährt sein werden.

Verbrechen gegen die Menschlichkeit dürfen nicht verjähren! Das ist eine moralische Verpflichtung und eine Mahnung für künftige Generationen.

Name:

Adresse:

Herrn

Bundeskanzler

Helmut Schmidt

Bonn

Bundesrepublik Deutschland

Meinungen

INTERVIEWS AUF DER STRASSE

Wir stellten die Frage:
Sind Sie für eine Verjährung von Nazi-Verbrechen?
Darauf erhielten wir u. a. folgende Antworten:

Ein Mann:
Das ist schon 30 Jahre her, die meisten san eh gstorben.

Eine ältere Frau:
I find', es wär' Zeit, daß die amal aufhörn mit dene Mäus!
Warum?
Weil die Nazis eh scho gstorbn san.
Es gibt aber noch welche, die frei rumlaufen!
Naja, die werdn a nix angfangen habn!

Ein alter Mann:
I bin dagegen. Des war so schlimm... daß es einfach Unrecht wäre, wenn man das verjähren lassen würde. Auch im Hinblick auf das Ausland finde ich's eine ganz hohe Pflicht. Ich fänd's einfach eine unheimliche Sauerei an den Leuten, die damals das erlitten haben, die dadurch umgekommen oder noch davongekommen sind.

Ein Mann:
Es gibt keine NS-Verbrecher mehr. Es kann doch nicht immer alles einseitig sein.

Eine ältere Frau:
Man muß auch verzeihen. Es ist schon so lange her.

Ein alter Mann!
Gut, daß a paar die Schädel einghaut haben!
Wen meinen Sie, die Nazis?
Freilich, die Dreckhund, die dreckerten! Die hocken heut' überall drin und wia müssn für die die Steuern zahln!

Ein Mädchen:
Ich glaub, daß die doch alle aus ihren Fehlern gelernt haben.

Ein Israeli:
Ich bin in jedem Fall dagegen. Aber ich fürchte, das wird verjähren, denn die Westdeutschen, die wissen sehr wenig und die wollen das verdrängen. Die erste Entnazifizierung, die hat doch gar nicht stattgefunden.

Ich frage einen Lehrling:
Was meinen Sie, sind die richtigen erwischt worden bei der Entnazifizierung?
Kann ich nicht beurteilen, war ich nicht dabei.
Was haben Sie in der Schule über den Hitler-Faschismus gelernt?
Da war ich nicht mehr in der Schule, der Geschichtsunterricht ist so oberflächlich ...
Wie soll er anders aussehen?
Hintergründe sollten da sein, wir sollten diskutieren können.

Wieder frage ich die Passanten, ob sie für die Verjährung sind.

Ein alter Mann:
Das soll nicht verjährt werden! Die Faschisten haben nicht nur die Juden und die Sozialdemokraten und die Kommunisten ermordet, die haben dem ganzen deutschen Volk sehr viel angetan. Damit wird praktisch bzw. würde praktisch der versuchte Mord an einem ganzen Volk im nachhinein legitimiert.

Eine ältere Frau:
Wenn man die Verjährung ablehnt, dann muß man alle Kriegsverbrechen verurteilen, nicht nur die von den Deutschen, das merken Sie sich mal ganz genau. Da gehn's mal woanders hin.. Der Krieg ist doch von Hitler ausgelöst worden, von den Nazis!
Nicht allein, nicht allein!
Sie, Sie sind vielleicht ein Idealist Wenn Sie in der Zeit, wo wir jung waren, jung gewesen wären, dann wären Sie vielleicht ein Hitlerjungend-Führer geworden!

Ein Mann:
Den Hitler brauchat ma jetzt, der rammat auf! Da kämen Sie glei zum Vergasen dran!

Eine alte Frau:
Die Lumpen gehören eingesperrt.

Eine Frau geht auf den Film "Die Endlösung" ein:
Ich finde, das sollte man den Leuten immer wieder vor Augen halten, damit sie sehen - ich meine die Älteren, die wollen das zwar nicht mehr wissen und die tun so, wie wenn nichts gewesen wär'. Aber ich weiß, mein Onkel und mein Vater, die waren selber politisch verfolgt, und das muß man immer wieder den Leuten sagen, und ich finde, da hat das Elternhaus und die Schule versagt. Denn, wenn Sie heute die jungen Leute fragen z. B. über die'Reichskristallnacht' - da hab' ich bei uns z. B. einen Lehrling gefragt, nichts hat er gewußt.
Also, die haben doch 9 Klassen Volksschule gehabt! Wo ist denn da die Geschichte?
Das wird nicht gebracht! ■

Politik für den eigenen Bauch

Der RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Studentenorganisation der CDU/CSU) ist schon arg gestreßt, muß er sich doch der Flut des Kommunismus an den Universitäten entgegenstemmen! Vor allem die Zeitungsumfragen der FAZ (Frankfurter Allgemeine Zeitung), wonach zwei Drittel aller westdeutschen Studenten den Kommunismus "von der Idee her gut" halten, beunruhigt ihn höchsten Grades, sieht er doch in der Kritik am demokratischen System der BRD seine Felle davonschwimmen (60 % der Studenten stimmten den Aussagen zu: "Regierung und Parlament vertreten nicht die Interessen des Volkes","das Grundgesetz wird bei uns zunehmend ausgehöhlt").
Bei seinem 'heldenhaften' Einsatz um die Studenten glaubt er deshalb Unterstützung nötig zu haben. An wen wendet sich der RCDS aus diesem Grund? An die Unternehmer natürlich, da liegt er ganz richtig. Und er bittet sie um Referenten für Veranstaltungen? oh nein, um Geld für Propagandamaterial, wie sonst immer? - Er bettelt doch glatt eine Sektkellerei um Sekt an! Die Herrensöhnchen wollen schließlich nicht warten bis die politische Überzeugung sich mal in der Karriere auszahlt, für die aufopferungsvolle Tätigkeit soll auch gleich was herausspringen.

Stimmzettel der Wahl von Strauß zum Ministerpräsidenten verschwunden

MÜNCHEN (dpa) — Die Stimmzettel der Wahl von Franz Josef Strauß zum bayerischen Ministerpräsidenten sind im Landtag derzeit nicht auffindbar. Der Wahlprüfungsausschuß mußte deshalb am Freitag den Punkt „Nachprüfung des Wahlergebnisses des Ministerpräsidenten" vertagen. Eine Neuwahl, so meinte ein Jurist, sei allerdings auszuschließen, weil das Resultat bei der Wahl von Strauß zum Regierungschef (125 Ja-Stimmen, 71 Nein, vier ungültig) so eindeutig gewesen sei, daß sich selbst beim Nachprüfen der Stimmzettel keine Zweifel ergeben könnten. Das Landtagsamt ist auf seiner Suche nach den Dokumenten bislang ohne Erfolg. Man versucht jetzt, die Stationen des Stimmenpakets zu rekonstruieren. Bislang ist nur klar, daß sie ein Bote bei einer Stelle abgeben wollte, die hierfür nicht zuständig ist. Seitdem sind die Stimmzettel verschwunden. Eine Vermutung im Haus: Vielleicht haben sie einen Liebhaber gefunden.

aus: SZ 17./18.2.79

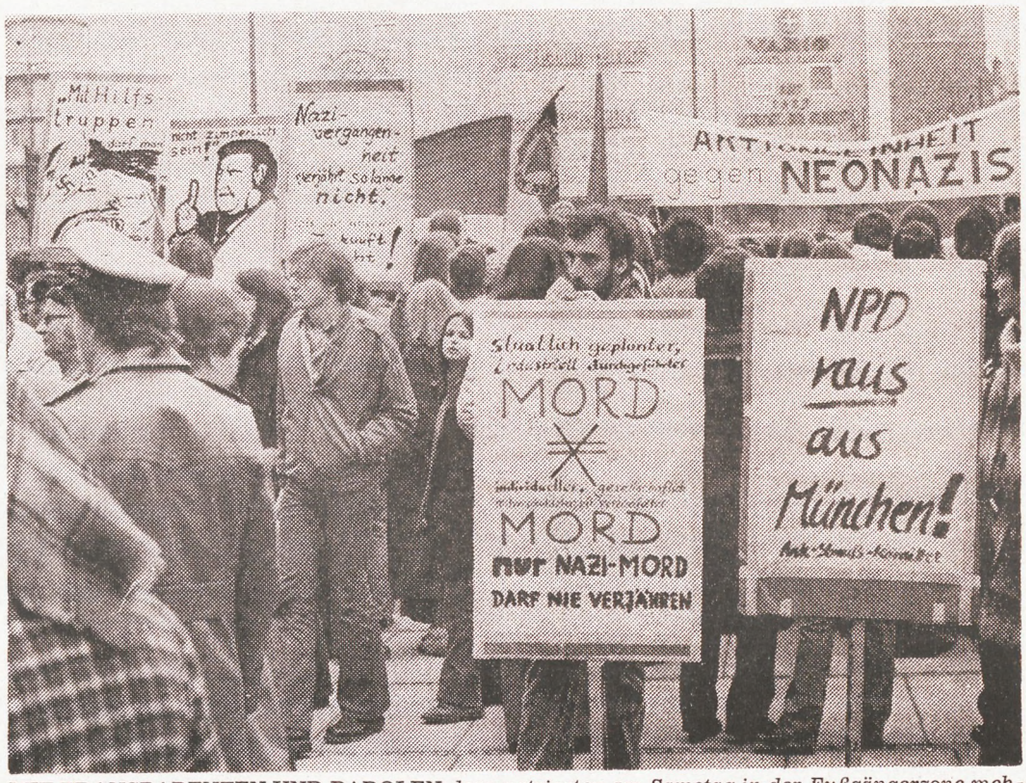
NPD VERHÖHNT NAZI-OPFER

So halbherzig Kiesls Verbot war, so lasch war auch die Aufmerksamkeit der in lockeren Gruppen patroullierenden Polizei gegenüber den Flugblattverteilern der NPD. Judos und VVN protestierten bei der Stadt, daß die offenbar "rechts"-blinde Polizei die NPD-Verteiler trotz Verbot munter gewähren ließ.

Gegenüber dem ASK z. B. hat man die Polizei selten so unbeteiligt gesehen.

Kiesl mußte dem Druck der Antifaschisten nachgeben.

Nur aus Angst vor der durch Holocaust "sensibilisierten" Bevölkerung sah sich Münchens OB Kiesl zum Verbot einer NPD-"Aufklärungs"-Aktion über den Film Holocaust gezwungen. Die Neonazis wollten die "Geschichtslügen" dieses Films mit einer provokatorischen Flugblattaktion auf dem Münchner Marienplatz widerlegen. Vollkommen zu recht befürchtete Kiesl, dadurch eine Störung der Ruhe und Ordnung in der Stadt. So schwach dies auch als einziges Verbotsargument ist - mehr ist vom Strauß-Freund Kiesl wohl nicht zu erwarten - so treffend hat Kiesl doch gemerkt, daß die Münchner Antifaschisten die Neonazis nicht in Ruhe und Ordnung gewähren lassen. Wenn für Kiesl das ein Grund ist - bitteschön, er wird ihn wieder bekommen.
Schon am 11.2. hatten über 1 000 Teilnehmer einer Holocaust-Diskussionsveranstaltung der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes) einem Aufruf gegen die NPD-Aktion zugestimmt, zahlreiche Organisationen hatten protestiert und am 17.2. versammelten sich einige hundert Antifaschisten am Stachus zu einer Kundgebung, zu der u. a. die VVN, die IG Druck und Papier und die GEW aufgerufen hatten. Die Redner A. Haag und O. Neumann - beide saßen als Widerstandskämpfer im KZ - warnten vor der Gefahr eines Widererstarkens der faschistischen Kräfte und riefen zur Wachsamkeit gegen Rechts ■



MIT TRANSPARENTEN UND PAROLEN *demonstrierten am Samstag in der Fußgängerzone mehrere hundert Mitglieder verschiedener Organisationen gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen und die NPD.*
Photo: Fritz Neuwirth

Resolution

Resolution der Teilnehmer an der Veranstaltung der Lagergemeinschaft Dachau und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in München, Hofbräuhaus am Sonntag, den 11. Februar 1979 zum Thema 'Holocaust'.

Am 31.12.1979 soll die Verjährungsfrist für die Verfolgung der nazistischen Massenverbrechen, die in fast allen Ländern Europas und in Deutschland begangen wurden, in Kraft treten. Nach diesem Zeitpunkt soll es den faschistischen Massenmördern möglich sein, in aller Öffentlichkeit aufzutreten und sich womöglich noch ihrer Schandtaten zu rühmen.
Das aber wäre eine Schande für die Bundesrepublik und ein Schlag ins Gesicht der Opfer und Hinterbliebenen des Naziterrors. Vor allem im Ausland würde es niemand begreifen, wenn die Verbrecher des Dritten Reiches, die Schuldigen an der Ermordung von Millionen Juden, Kriegsgefangenen und anderen Gegnern des Dritten Reiches in Zukunft frei und ungeschoren unter uns leben können.
Es darf nicht sein, daß die Schuldigen von Lidice, Oradour, Theresienstadt, Auschwitz und den vielen anderen Vernichtungslagern frei ausgehen und für ihre Verbrechen nicht zur Rechenschaft gezogen werden.
Mord ist nicht gleich Mord. Die nazistischen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichzusetzen mit der allgemeinen Kriminalität, heißt den Nationalsozialismus zu einer normalen, alltäglichen Randerscheinung des gesellschaftlichen Lebens zu erklären, und die Gefahr zu verharmlosen, die auch heute noch von den Kräften ausgeht, die Hitler finanzierten. Umgekehrt bedeutet die Aufhebung der Verjährung für allgemeinen Mord eine nicht hinnehmbare Strafrechtsverschärfung.
Wir fordern deshalb von der Bundesregierung den Beitritt zur UNO-Konvention vom 26.11.1968 über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wie sie diese UNO-Konvention in klarer, völkerrechtlich verbindlicher Weise von der allgemeinen Kriminialität abgrenzt.
Wir fordern von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, daß sie sich dem Beschluß des Europa-Parlamentes vom 2. Februar 1979 über die Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit anschließt.
Wir fordern, daß der Bundestag end lich ein Gesetz beschließt, das die Nichtverjährbarkeit der nazistischen Mordtaten für die Bundesrepublik im Einklang mit dem geltenden Völkerrecht verbindlich festlegt.

Solidarität mit dem ASK

Aufgrund unseres Schreibens vom 13.12. 78 sind viele große und kleine Spenden eingegangen. Wir haben uns sehr gefreut und sagen allen herzlichen Dank. Mit den Geldbeträgen erreichten uns auch Zuschriften wie:
"Haltet durch", "Macht so weiter"
"Zeit spinnt", "Mehr geht leider nicht"

Nach wie vor sind wir für jede Spende dankbar, die Prozesse laufen noch, wir berichten darüber.
Spenden erbeten auf:
Postscheckkonto Jacobi,
Postscheckamt München, Nr.288265-809

Aufruf: Internationale Kundgebung Straßburg, 21. April 1979

Wenn der Deutsche Bundestag vorher keine andere Entscheidung trifft, wird der 31. Dezember 1979 ein schwarzer Tag in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein. Nach einem Beschluß des Deutschen Bundestages von 1969 sollen dann die Verbrechen des Naziregimes verjähren.

Diese Aussicht ist unerträglich. Die millionenfachen Opfer der Nazityrannei würden nachträglich noch einmal beleidigt und diffamiert. Die Massenmörder von einst aber könnten sich aus ihren Verstecken herauswagen und sich ihrer Verbrechen öffentlich rühmen. Ihre Straffreiheit wäre geradezu ein Anreiz für sie, sich provokatorisch zur Nazi-Vergangenheit zu bekennen. Der heute schon gefährlich angewachsene Neonazismus würde erheblichen Auftrieb erhalten: er würde die letzten Hemmungen fallen lassen. Die Verbände der ehemaligen SS und Waffen-SS müßten sich bestätigt fühlen.

Um der Zukunft willen dürfen Nazimordtaten nicht verjähren!

Die Vereinten Nationen (UNO) haben sich schon 1968 in einer Konvention zur Nichtverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit bekannt. Die Bundesrepublik ist dieser Konvention bis jetzt nicht beigetreten. Sollten Bundesregierung und Bundestag sich für die Verjährung entscheiden, würde sich die Bundesrepublik weltweit isolieren. Dem Ansehen unseres Landes würde erheblicher Schaden zugefügt.

Die Naziverbrechen waren in ihrer Perfektion und in ihrem Ausmaß erst- und einmalig in der Menschheitsgeschichte. Sie können und dürfen durch Verjährung nicht als kriminelle „Normalfälle" dargestellt werden. Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen den Frieden und gegen die Menschlichkeit müssen für alle Zukunft geächtet werden. Nur ihre Nichtverjährbarkeit ist eine ständige Warnung an alle, die ähnliches planen und durchführen wollen. Sie müssen wissen, daß sie nie ungestraft davonkommen werden.

Die ehemaligen Widerstandskämpfer und Naziopfer aus ganz Europa wenden sich gegen die Verjährung der Verbrechen des Naziregimes. Sie appellieren an alle Menschen in allen europäischen Staaten:

Fordert von Bundestag und Bundesregierung den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO Konvention über die Unverjährbarkeit von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowie die Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes.

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, veranstaltet die „Internationale Initiative des Widerstandes und der Opfer des Nazismus und Faschismus" in Weiterführung der Internationalen Manifestation von Köln im vorigen Jahr

am Samstag, dem 21. April 1979 um 15.00 Uhr
in Straßburg, Place d'Etoile
eine
INTERNATIONALE KUNDGEBUNG

- für die Nichtverjährbarkeit der Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit;
- für die Auflösung der SS-Verbände;
- für die Unterbindung jeglicher Nazipropaganda.

Das „Nationale Komitee für die Auflösung der SS-Verbände – gegen die Rehabilitierung des Nazismus" ruft die Bevölkerung der Bundesrepublik auf, sich an dieser Kundgebung zu beteiligen:

FÜR EIN EUROPA OHNE FASCHISMUS !

Komitee für die Auflösung der SS-Verbände
gegen die Rehabilitierung des Nazismus

Bonn, im Januar 1979

Der Sprecherkreis: Prof. Dr. Walter Fabian, Paul Grünewald, Willi Höhn, Dr. Werner Koch, Dr. Werner Licharz, D. Martin Niemöller, Horst Symanowski.

Unsere Aktion kostet Geld. Bitte überweisen Sie Ihre Spende auf eines unserer nachstehenden Konten:

Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt am Main: „Maria Wachter und Horst Symanowski, Komitee für Unverjährbarkeit der Naziverbrechen, Frankfurt", Konto-Nr. 1009020900
Postscheckamt Frankfurt am Main: Maria Wachter, Spendenkonto, Rossertstraße 4, 6000 Frankfurt am Main 1, Konto-Nr. 300 28-600

Vielen Dank !

Anforderungen von weiteren Aufrufen und Plakaten bitte an: Willi Höhn, Rossertstraße 4, 6000 Frankfurt am Main 1

Büchertips

Klaus Sator, Großkapital im Faschismus dargestellt am Beispiel der IG-Farben
117 Seiten DM 7.50
Verlag Marxistische Blätter

In letzter Zeit ist viel gefragt und selten beantwortet worden, was denn eigentlich die Hintergründe und Ursachen des Hitler-Faschismus waren und wem seine Terrorherrschaft genützt hat. In diesem Buch steht es.
Anhand von Dokumenten und anderem Material wird die Rolle der IG-Farben im deutschen Faschismus untersucht. Zum Vorschein kommt, daß die "Interessengemeinschaft Farben" Hitler von Anfang an voll unterstützt hat und entscheidend daran beteiligt war, ihn zum "Führer" in Deutschland zu machen. Denn er war ihr wie kein anderer bei der Vergrößerung ihrer Profite behilflich, z. B. dadurch, daß die Löhne zum Einfrieren gebracht und die Gewerkschafter verboten wurden; durch die Besetzung benachbarter Länder, in denen die IG-Farben dann kurzerhand die chemischen Industrien übernahmen; durch Rüstungsaufträge und die Abnahme des Giftes Zyklon B zur massenhaften Menschenvernichtung; und nicht zuletzt durch billige Arbeitskräfte aus den KZ's, die völlig rechtlos waren und "benutzt" wurden bis sie tot waren.
Zum Schluß wird gezeigt, daß die Führungskräfte der Industrie von damals in den Nürnberger Prozessen nur sehr milde bestraft wurden, sodaß sie als politischer Machtfaktor heute nicht wieder, sondern noch da sind und unter bestimmten Bedingungen wohl wieder zu Ähnlichem bereit wären.

Anna Seghers, Kopflohn
183 Seiten DM 9.80
Sammlung Luchterhand 234

Dieser Roman aus einem deutschen Dorf im Spätsommer 1932 zeigt, wie Faschismus entsteht.
Vor dem Hintergrund der immer härter werdenden Zeit der Wirtschaftskrise bewegt der Kampf zwischen rechts und links im Kopf, und bei den Nazis auch mit Faust und Messer, die Dorfbewohner. Der Leser wird hineingezogen in das Leben der Menschen, die nichts kennen als Arbeit und manchmal auch ein winziges bißchen Glück, die schauen, wo sie ihren Nutzen haben, um zu überleben, und die reinfallen auf Hitlers Propaganda in sauberen Windjacken und geputzten Stiefeln.
Das Thema ist nicht veraltet, im Gegenteil! In Bildern von großer Eindringlichkeit und Schönheit macht die Autorin davon betroffen.

Zu bestellen bei
Verlag Freies Volk, 8 München 2, Tulbeckstr.4 zum Preis von DM 1.50

Wie oft hörten wir beim Flugblattvertei len und an unseren Informationsständen zu 'Holocaust' in der Stadt:
"Klagt doch mal die Verbrechen der Roten Armee an, stellt doch dazu mal eine Tafel auf ...."
Hier sind die notwendigen Informationen und Zahlen für solch' eine Informationstafel

Nicht nur ein Holocaust...

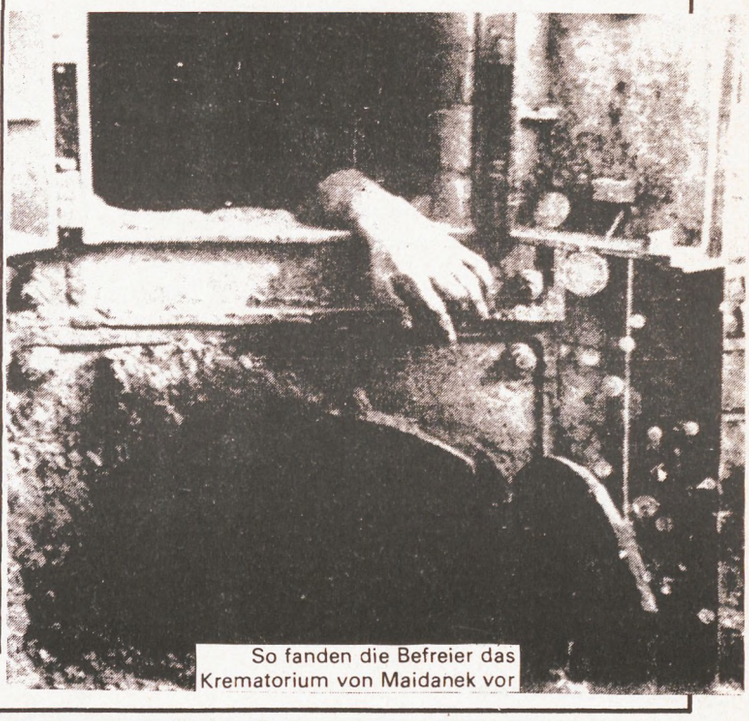
Der Film 'Holocaust', so notwendig er war, brachte vom Hitler-Faschismus nur einen, allerdings den auffälligsten Teil: den Völkermord an den Juden des NS-besetzten Europas, wobei die treibenden Interessen und Motive (etwa die Sündenbock-Funktion der Juden für die Weltwirtschaftskrise seit 1929 zur Entlastung der Banken und der Industrie, der Rassismus als Mittel zum Hochpeitschen der Stimmung für einen Raubkrieg usw.) weitgehend unerwähnt blieben.
Über den Faschismus im allgemeinen, der notfalls auch ohne die rassistische Komponente auskommen kann, der aber immer Zerschlagung der Demokratie und besonders der Arbeiterbewegung bedeutet (bis hin zum Eroberungskrieg nach außen), über all das sagt er nichts. Denken wir daran, daß fast ganz Lateinamerika und viele andere Länder gegenwärtig die Brutalität faschistischer Herrschaft, meist in Form von Militärdiktaturen erleiden.

Allenfalls wird in der Bevölkerung bemerkt, daß nicht nur Juden in die KZs kamen, daß auch zig-tausende der politischen Linken, auch manche Christen, in den Todesfabriken umgebracht wurden. Sehr wenig ist aber von einem weiteren, ungeheuren Massenmord bekannt. Es ist die geplante Ausrottung von ungefähr 3 - 4 Millionen sowjetischer Kriegsgefangener.

Zu Beginn des Raubkriegs (detaillierte Untersuchungen über die zu erwartenden materiellen Ausbeutungsmöglichkeiten in Rußland wurden schon mehrere Monate vor dem Überfall angestellt) wurden 1941 und auch noch bis Herbst 1942 in gewaltigen Kesselschlachten etwa 6 Millionen Rotarmisten gefangen genommen. Das waren die Schlachten von Bialystok, Uman, Kiew, Wjasma, Brjansk, Von der Kertsch-Halbinsel, Sewastopol, von denen die faschistoide Landserliteratur heute noch zehrt. Für die Gefangenen begann eine düstere Zeit des Hungers, der Brutalität, des Todes.

Der Gefangene Rotarmist, der nur seine Heimat verteidigt hatte, galt nicht nur als Verlierer, sondern als Untermensch, als Verbrecher, als Ungeziefer. Vom Standpunkt der Faschisten verständlich, war er doch ein Hindernis gewesen, das kaukasische Öl, das Donez-Industrie-Revier, die unendlichen Agrargebiete der Ukraine für die deutschen Konzerngewaltigen zu erobern

Gleich nach der Gefangennahme wurden nach dem "Kommissarbefehl" und anderen Erlassen die politischen Kommissare getötet, im Hinterland auch "rassisch untragbare Elemente", Juden, Turkestaner, Mongolen, alle die für Kommunisten gehalten wurden. Danach begann der Hunger. Ungeheure Kolonnen wurden nach Westen getrieben in



So fanden die Befreier das Krematorium von Maidanek vor

Gefangenenlager. Dort fing das Massensterben an; Rationen von 300 bis 700 Kalorien pro Tag oder gar nichts, miserable Unterbringung, Flecktyphus, Massen-Erschießungen
ließen die Gefangenen sterben wie die Fliegen;

Ein deutscher Offizier berichtet in seinem Tagebuch von einem Heulen der Gefangenen im Lager wie von tausenden von Hunden, das die vom Hunger Wahnsinnigen (ca. 80 000 an der Zahl) ausstießen. Vom Verzehr von Regenwürmern und von Fällen des Kannibalismus wird glaubhaft erzählt. Andere wurden in Auschwitz vergast oder zu Vivisektionen, Kälteversuchen u. a. angeblich medizinischen, in Wahrheit sadistisch-perversen Versuchen hergenommen.
Die Haager Landkriegsordnung, das Genfer Kriegsgefangenenabkommen von 1929 - ein leeres Wort.
General Reinecke (Chef für Kriegsgefangenenwesen beim Oberkommando der Wehrmacht) schätzte in einer Studie für die Generalstabsabteilung "Fremde Heere Ost" vom Mai 1944, daß 580 bis 600 000 Sowjetsoldaten vom Sicherheitsdienst (SD) zur sogenannten Sonderbehandlung (Kennwort für Mord) abkommandiert wurden.
Erst als durch die eigenen, wachsenden Kriegsverluste für Industrie und Landwirtschaft der Arbeitskräftemangel sich immer bemerkbarer machte (nicht etwa aus anderen Gründen) gingen die Nazis von der Ausrottung zur Ausbeutung der Gefangenen über.
Maxime: Bei möglichst geringer Ernährung (sogenanntes Russenbrot mit Bestandteilen wie Stroh und Sägemehl, Rübenschnitzel usw.) möglichst viel herausholen.
Die Kriegsgefangenen reichten aber aus den oben angeführten Gründen nicht mehr aus, so daß die Nazis dazu übergingen, in Polen und Rußland in einer großen Menschenjagd, wie in der Zeit des Sklavenhandels, Millionen von Zivilisten einzufangen und als 'Ostarbeiter' ins Reich zu verschleppen. Konzerne wie z. B. Flick mit seinen Kohle und Stahl-Betrieben verschlissen diesen Menschenstrom. Das Haus Flick hat vom Bundesarchiv in Koblenz belastende Dokumente zurückerhalten, gewährte aber dem Historiker Streit keine Einsicht. Das IG-Farben-Mitglied schrieb szt. von einer "neuen Freundschaft mit der SS, die sich als "sehr segensreich' erweise."
Zu Bruch geht bei genauerer Untersuchung das Getue mit der ehrenwerten Generalität, die von Verbrechen nichts wußte. Eine Fülle von Dokumenten im Institut für Zeitgeschichte in München, im Bundesarchiv Koblenz, im Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn und im Militär-Archiv in Freiburg beweist ganz anderes.
25o hohe Wehrmachtsoffiziere zollten Hitler Beifall, als er am 3o.3.41 (als noch endlose Güterzüge aus Rußland nach Deutschland rollten mit Weizen, Erzen, Öl usw.) von einem Vernichtungsfeldzug sprach. Die Einsatztruppen, die im Hinterland Panzergräben und Schluchten mit Leichen füllten, arbeiteten mit den Stäben der Wehrmacht zusammen, einem General kamen sie "goldeswert" vor. Es liegen "Richtlinien" vor, die die Generale Heusinger (später ranghöchster Offizier der Bundeswehr), Kielmannsegg, Warlimont, Jodl, Halder und Brauchitsch überführen (so ein Zitat, daß der Soldat der Ostfront die harte aber gerechte Strafe am jüdisch-bolschewistischen Untermenschentum einsehen müsse, usw).

Wir möchten feststellen, daß die nicht abzustreitenden Härten, die deutsche Kriegsgefangene in Rußland erduldeten, auf einer anderen Ebene liegen. Es gab Hunger, Elend, Korruption von Lagerkommandanten, dazu die Kälte Sibiriens.

„Brandstifter! Mordbube!"

Welt der Arbeit

Aber es gab keine offizielle sowjetische Politik,die bewußt auszog,die Leute leiden zu lassen und sie aus dem Weg zu räumen.Der deutsche "Wojna plennij" in der SU galt nicht als Untermensch, viele heirateten übrigens später Russinnen und blieben freiwillig in der SU. Das russische Volk litt selber genauso, ja,manche Gefangene sagen sogar mehr an Hunger.Der Krieg hatte ja nur in der Endphase in Deutschland getobt,die längste Zeit aber die Kornkammern Rußlands(Ukraine,Kubangebiet)verwüstet. Über 2o Millionen Menschen hatte die SU verloren,davon 13,6 Mill. Gefallene, viele Mill. "normale" Kriegsverluste und Ermordete.Alte Leute und Heranwachsende bestellten die Felder.In diesem kaputtgedroschenen Land gab es auch aus der Situation heraus verständlichen Haß gegen die deutschen Soldaten aber eben trotzdem keine offizielle Vernichtungspolitik.Das Geheul der Faschisten über bolschewistische Verbrechen an Deutschen dient zur Ablenkung von den imperialistischen deutschen Verbrechen,gegen die sich sowjetische Härten als klein erweisen.Stalin war kein Hitler!
Es gab ärztliche Versorgung in den sowjetischen Gefangenenlagern(übrigens sehr häufig jüdische Ärztinnen,denen sehr oft von den Gefangenen hohe ärztliche und menschliche Qualitäten bescheinigt wurden)
Dies alles gilt es gerechterweise zu berücksichtigen,ob einem die SU damals und heute gefällt oder nicht!Es waren und sind die deutschen Demokraten und Antifaschisten,die als wahre deutsche Patrioten wieder ein freundschaftliches Verhältnis zwischen dem deutschen Volk und den Völkern Europas und der SU geschaffen haben.

Hinweis:
Weitere Informationen über dieses Thema findet man in dem neu erschienenen Buch
Christian Streit: Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941-1945
dva: 1979 ■

BEWEIS

STRAUSS SAGT
ER BETREIBE KEINE
INTELLEKTUELLENHATZ
ER SEI JA SELBER EIN
INTELLEKTUELLER

KOLLEGE HITLER
SCHRIEB SOGAR
EINEN BESTSELLER

*

DER WEG IN DEN FASCHISMUS IST IMMER
MIT RECHTSSTAATSBETEUERUNGEN GEPFLASTERT.

HEINZ JACOBI

Aus: BOTE 8, 176 S., DM 14.-
MAISTRASSENPRESSE MÜNCHEN
Martin-Greif-Straße 3

8 dieser Postkarten - sortiert - sind für DM 2.- über H. Jacobi zu beziehen

HOLOCAUST – und die Lehren für heute

Podiumsdiskussion im Hörsaal 133 der Universität München

Auf dem Podium sitzen:
Dr. Hans Lamm von der Israelitischen Kultusgemeinde München,
L. Gmür, Produktionsleiter der deutschen 'Holocaust'-Produktion,
Bernt Engelmann, Schriftsteller und Vorsitzender der Schriftsteller in der IG Druck und Papier und Sprecher des PDI (Pressedienst Demokratische Initiative) - er war Häftling in mehrreren KZs,
der ehemalige Rektor der Universität Regensburg, Gustav Obermair, Mitglied des Regensburger Arbeitskreises 'Verteidigt die Bürgerrechte,
Ute Schilde, Sozialpädagogin in Regensburg und Herausgeberin einer Unterzeichnerliste gegen die Verjährung von Naziverbrechen,
H. Raab von der Regensburger Zeitung 'Die Woche',
P. Sander, DGB-Vorstandssekretär im Landesverband Bayern.

Mit Ausnahme der vordersten Stühle ist der Saal besetzt. Ganz oben und auf den Seiten drängen sich noch viele Menschen; allerdings gehen sie auch auf mehrfache Aufforderung hin nicht nach vorne.
Doch nach dem ersten einleitenden Satz von G. Obermair fangen sie an, störend zu rufen und zu lachen. Sie stören so gezielt, daß ich naiver Mensch sie für junge Nazis halte. Das kann ja heiter werden! Die Stimmung im Saal ist gespannt. Nach mehreren beifällig begrüßten Appellen an ein Mindestmaß von Diskussions-Disziplin verschwinden einige, die anderen beruhigen sich.
Erst einige Zeit später und in Verbindung mit Redebeiträgen wird mir klar, daß es sich um eine Selbstdarstellung der Marxistischen Gruppe handelt.
Vor einige Tagen hatte ich ein Flugblatt von ihnen in die Hand bekommen. Herrenschreiber haben es offenbar verfaßt, Gelehrte von hoher Beredsamkeit, die nur mir olympischem Spott das Tagesgewurstel in den Niederungen der Studentenpolitik betrachten können - z. B. das 'törichte Bemühen' um eine verfaßte Studentenschaft - ha-ha!
Mir graut vor dieser Sprache, der man an jedem Satz anmerkt, welch' intellektuelles Vergnügen ihrem Sprecher das Formulieren bedeutet, wie sie ihm auf der Zunge zergeht, vor allem ihn selber befriedigend.

Jetzt erlebe ich also die Marxististische Gruppe etwas konkreter. Ihr Hauptredner bestätigt später meinen Eindruck: Redegewandt, verletzend arrogant, bemüht, den anderen zu zeigen, wie beschränkt sie sind. So sehr freilich darum bemüht, daß am Ende die Klarheit der eigenen Aussage bis zur Verständigungsunfähigkeit darunter leidet.
"So werden Arbeiter sicher nicht angesprochen", sagt ganz am Schluß der Veranstaltung ein Kommilitone über die Selbstdarstellung der MG-"Profilierer". "Schlicht gesagt: Die Leute sind gefährlich, der Strauß braucht solche Leute." Ich stimme ihm zu.
Der Vorwurf war nicht nur auf die Ausdrucksweise gemünzt. Der Hauptredner der MG hatte zuvor das Podium heftig angegriffen und resümierend festgestellt, hier seien wohl Freunde eines gemeinsamen Antifaschismus versammelt - aber für Antidemokratie sei hier offenbar niemand.
In einer grundsätzlichen Antwort hatte ihm G. Obermair geantwortet: Die "Demokratischen Rechte" sind wohl ein Überbleibsel der Bourgeoisie in ihrem fortschrittlichen Kampf gegen den Feudalstaat; selbst an der Macht, hatte sie diese Menschenrechtsforderung freilich zu Privilegien umgewandelt. Aber ein Restbestand der allgemeinen Menschenrechte ist eben geblieben, und sie sind die einzige Basis gemeinsamer demokratischer und antifaschistischer Politik. Dagegen zu polemisieren ist falsch. Ein Abbau solcher Rechte ist z. B. auch die Gleichsetzung von Mord und Völkermord.
Womit ich beim Hauptthema wäre.
".... die Lehren heute" aus 'Holocaust' wollte diese Podiums- und Publikums-Diskussion ziehen und sich dadurch von den Diskussionen in Fernsehen und Hörfunk unterscheiden.
In seinem Einleitungs-Statement stellte G. Obermair die kapitalistische Herkunft des Faschismus und die Verstrickung der Wissenschaft in das System klar heraus. Raab mahnte, einen Rückzug ins Private dürfe es angesichts der Verantwortung für eine antifaschistische Gegenwart und Zukunft nicht geben. Wo sind heute Ansätze eines neuen Faschismus bei uns?

Bernt Engelmann. (FR-Bild: Inge Werth)

Engelmann erklärte als eine Ursache für die Entwicklung zum Holocaust die Obrigkeitsgläubigkeit. Jeder hätte ja sehen müssen; aber man wollte nicht hinsehen und prüfen, denn es war ja von oben so angeordnet.
Hans Lamm sah das irrationale Phänomen der Vernichtung eines Volkes durch marxistische Kriterien allein nicht beantwortet. Man hätte ja die Juden als Arbeitssklaven ausbeuten können, warum aber wollte man sie vernichten?
P. Sander betonte die deutsche Tradition gegen die europäische Freiheitsbewegung; das Hitler-Regime lag auf dieser Linie und war nicht etwa ein Betriebsunfall. Wichtiger als die Judenverfolgung ist in diesem Zusammenhang die Verfolgung der Arbeiterorganisation. Denn Faschismus bedingt nicht notwendig die Judenvernichtung, wohl aber die Vernichtung der Arbeiterbewegung. Auch heute arbeiten übrigens schon wieder rechte politische Kreise an einem Verbände-Gesetz!
Man muß gegen j e d e n Versuch einer Aussonderung von Menschen vorgehen (Gastarbeiter! Links-Hysterie)
In der Diskussion wurde u. a. auf die menschenunwürdige Diskriminierung von Patienten in Nervenkliniken aufmerksam gemacht.

Wichtiges kontroverses Thema war die Gemeinsamkeit des antifaschistischen Kampfes. Der Ansicht der Leute auf dem Podium und einiger profilierter Diskussionsredner stand hier die schroffe Ablehnung der MG gegenüber.
Engelmann dagegen bezeichnete als eine Ursache der Entwicklung zum Faschismus gerade auch die "Selbstzerfleischung der deutschen Linken" und es sei heute noch genauso!
Dabei ist ja noch nicht einmal die alte braune Gefahr gebannt! Von den obersten SS-lern wurden - so Engelmann - nur ca. 10 % vor Gericht gestellt. Ein so hoher Nazi-Funktionär wie Höhn, der im Reichssicherheitshauptamt die 'Gegner-Kartei' aufbaute (und Vorlesungen in SS-Uniform und mit Schäferhund abhielt) ist heute immer noch Präsident der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft, in die bis vor einiger Zeit Offiziere der Bundeswehr geschickt wurden.
Umso wichtiger ist daher der Kampf gegen die Verjährung von Naziverbrechen!

Deutlich hob Ute Schilde den Unterschied zwischen dem organisierten Massen- und Völkermord und den Verbrechen irregelaufener und oftmals durch die Schuld unserer gesellschaftlichen Verhältnisse verzweifelter Menschen hervor.
Mord ist eben nicht gleich Mord!
Schließlich wurde das Thema in die Diskussion eingebracht, das von besonderer Bedeutung gerade für diesen Kreis war: der "Faschismus im weißen Kittel". Der Chemiker in 'Holocaust' hatte sich ja auf seine Rolle als reiner Wissenschaftler zurückgezogen. Genügt es denn nicht, 'anständig' meine Wissenschaft, meinen Beruf zu betreiben? Für die Verwertung meiner Forschungsergebnisse hat der Politiker die Verantwortung. Nein, es genügt nicht. KEINER KANN SICH DRÜCKEN VOR DER VERANTWORTUNG FÜR UNSERE ZUKUNFT!
Zusammenarbeit zwischen fortschrittlichen Studenten und Lehrern und Kampf für die Selbstorganisation der Studentenschaft: Mit diesen beiden Forderungen schloß G. Obermair die Diskussion.

■

Deutliche Stimmen gegen die Verjährung!

Kongreß gegen die Berufsverbote in Darmstadt:

Deutliche Stimmen gegen die Verjährung

Am 27./28. Januar fand in Darmstadt ein internationaler Kongreß gegen die Berufsverbote statt. Insgesamt waren 934 Teilnehmer anwesend, davon 123 Berufsverbotsgegner aus dem Ausland.
Nicht zu überhören waren in den Arbeitskreisen und den Plenumsdiskussionen die Stimmen, die den Kampf gegen den Radikalenerlaß in Zusammenhang mit dem Kampf der demokratischen Bewegung gegen die Verjährung stellten und damit dafür eintraten, nicht einen isolierten und erfolglosen Teilkampf allein gegen die Berufsverbote zu führen.

So z.B. Professor Abendroth, der auch den heute anstehenden Kampf gegen Carstens als neuen Bundespräsidenten anspricht:
"... Diese Problematik fällt jetzt gerade - und das sei die letzte Überlegung, die ich Ihnen hier vortragen möchte - in eine Zeit merkwürdiger Art in dieser Bundesrepublik Deutschland. Es war gelungen, die Erinnerung an die Verbrechen des "Dritten Reiches" weithin zurückzudrängen und auszulöschen. Wir alle wissen, wer da alles aus der

Hierarchie des "Dritten Reiches" in die Spitzen dieser Bundesrepublik hochgeklettert war - von Globke unter Adenauer bis zur Wiederherstellung des ganzen Staatsapparates, wie er einst war - bis dann in die politischen Instanzen, die Kiesingers, Filbingers und wie sie alle hießen. Sie alle waren exkulpiert; sie konnten nicht den Faschismus reproduzieren, aber sozusagen das Untergrundgefühl und viele Denkfiguren, die sie vor 1945 praktiziert hatten, nun weiterpraktizieren. Nun hat ein großer amerikanischer Film, "Holocaust", - er mag seine Mängel haben - in der Bundesrepublik Deutschland Gefühle wachgerufen, sehr gegen das, was die Rundfunk- und Fernsehinstanzen gewünscht und erwartet hatten, denn sie hatten diesen Film vom Ersten ins Dritte Programm hinunterpraktiziert. Und doch: Die Massen haben ihn gesehen und diskutieren ihn. Zwar nur zu einem Problem des "Dritten Reiches", zum Problem der Vernichtung, der unmenschlichen Vernichtung des jüdischen Volkes. Auch dieses Gefühl, das jetzt wieder wachgerufen wird, daß das ein zentrales Verbrechen war, ein unmenschliches Verbrechen, viel unmenschlicher als alles, was sonst der Imperialismus produziert hat, dieses Gefühl, das nun sich in der bundesrepublikanischen Bevölkerung durchzusetzen beginnt, trotz Verbannung dieses Films ins Dritte Programm, das gilt es auszunutzen zu unseren Gunsten.
Wir können es ja leicht. Eine der großen Parteien hat ja den merkwürdigen Geschmack, uns als nächsten Bundespräsidenten ein ehemaliges Mitglied der Partei, die diese Verbrechen trug, der NSDAP, anzubieten. Und dabei stellt es sich dann nebenbei heraus, daß auch der gegenwärtige Präsident der Bundesrepublik Deutschland von diesem Vorwurf nicht ganz frei war. Gleichwohl im Bundestag der Bundesrepublik Deutschland ist bei allen Debatten von alledem nicht die Rede. Obwohl nun 39 Prozent derer, die Fernsehapparate anschalten wollen, sich den "Holocaust"-Film anzusehen beginnen.
Wir müssen daran erinnern: Was ist das für eine Bundesrepublik, in der Männer, die der Partei des "Dritten Reiches" angehört haben, an der Spitze stehen dürfen und darüber entscheiden dürfen, über Demokraten, über Kinder von Männeren, die ihr Leben lang gegen das "Dritte Reich" gefochten haben, zu Gericht zu sitzen - denken Sie in Hessen an den Fall Silvia Gingold, an den Fall Doris Schwert und viele andere. Was ist das für eine Bundesrepublik, in der angeblich sozialdemokratische Behörden wagen, ein solches System beizubehalten!...."

Auf dem Kongreß wurde dementsprechend auch die Forderung laut, daß die zentrale Demonstration gegen die Berufsverbote am 31.3. in Bonn auch ein klares "NEIN" zur Verjährung von NS-Verbrechen ausruft. Die Klarheit über die Gefahr der "Mord = Mord"-Argumentation konnte auf dem Kongreß nicht erzielt werden. Ein Grund, dies anläßlich der Demo und auf der Demo selber nachzuholen. ■

Vergangenheitsbewältigung

ötv-magazin-Zeichnung: Walter Hanel

Aus dem Inhaltsverzeichnis

DOKUMENTATION

Ist Strauß ein zweiter Hitler?
Wenn man was gegen Strauß tut, wertet man ihn dann auf?
Strauß ist doch nur eine 'Charaktermaske des Kapitals'.

Strauß aktiver NS-Mann

Wer bezahlt Strauß?
Affären : HS 30, Onkel aloys und der Spiegel, Starfighter
Strauß über Demokratie und Parlament
Sturz der Regierung
FDP-Überläufer - Sturz der Regierung

Programm Strauß
Sonthofen
Chile
Habsburg
Generalamnestie für Naziverbrecher
Gewerkschaftsfeind Strauß

Was will die deutsche Industrie?

Immer dieselben

Rüstung und Reaktion
Waffenschmiede Bayern

Strauß und seine CSU

Herausgeber:

ANTI-STRAUSS-KOMITEE

Bestellungen bitte an:

Heinz Jacobi
Martin-Greif-Str.3
8ooo München 2

Preis: DM 4.-

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ein Jahresabonnement des DEMOKRATISCHEN INFORMATIONSDIENSTES

DM 8.- habe ich überwiesen / liegen in Briefmarken bei

Name:.....
Vorname:.....

Straße:.....
Ort:.....

senden an:

Heinz Jacobi,
Martin-Greif-Straße 3, 8 Mü 2

DEMOKRATISCHER INFORMATIONS DIENST 20

ABONNEMENTS:
Jahresabonnement DM 8.-
Postscheckkonto Jacobi,
München 28 82 65 - 809

Das Anti-Strauß-Komitee ist parteipolitisch nicht gebunden: Im ASK arbeiten Strauß-Gegner gleich welcher Herkunft, Partei oder Weltanschauung zusammen gegen die wachsende Gefahr der rechten und ultrarechten Kräfte. Strauß ist heute der Sammelpunkt für diese Kräfte; dahinter stehen einflußreiche Vertreter von Banken und Großindustrie.
Das Anti-Strauß-Komitee setzt sich ein für die Erhaltung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte.
Das Anti-Strauß-Komitee will einen Beitrag dazu leisten, den Gedanken der Einheit aller demokratischen Menschen zu fördern.

Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:
Heinz Jacobi, 8000 München 2, Martin-Greif-Straße 3
München, Regensburg: Eigendruck im Selbstverlag